



ROLAND
RECHTSSCHUTZ

IfD Allensbach
Institut für Demoskopie Allensbach

ROLAND Rechtsreport 2024

Teil A

Einstellung der Bevölkerung zum
deutschen Justizsystem und zur
außergerichtlichen Konfliktlösung

Teil B

Spaltung der Gesellschaft –
Was bedroht den Zusammenhalt?

Besser miteinander.



Untersuchungssteckbrief

Teil A und B

Befragter Personenkreis:	deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland
Anzahl der Befragten:	1.013 Personen
Auswahlmethode:	repräsentative Quotenauswahl
Art der Interviews:	mündlich-persönlich (face-to-face)
Repräsentativität:	repräsentativ für den befragten Personenkreis
Befragungszeitraum:	Dezember 2023

Methodische Konzeption und Durchführung

Institut für Demoskopie Allensbach

Redaktion

Benjamin Kuthning (ROLAND), Michael Sommer (IfD Allensbach)

Impressum

ROLAND Rechtsschutz-Versicherungs-AG
Marcus Acker
Leiter Unternehmenskommunikation
Deutz-Kalker Straße 46
50679 Köln
www.roland-gruppe.de
presse@roland-gruppe.de

* Anmerkung: Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird im Text verallgemeinernd das generische Maskulinum verwendet. Diese Formulierungen umfassen Personen mit allen Geschlechtern.

Vorbemerkung

Bereits seit 2010 wird mit dem ROLAND Rechtsreport jährlich die öffentliche Meinung zum deutschen Rechtssystem und zu ausgewählten rechtspolitischen Schwerpunktthemen ermittelt. Dazu führte das INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH auch in diesem Jahr im Auftrag der ROLAND Rechtsschutz-Versicherungs-AG eine bevölkerungsrepräsentative Befragung durch.

Wie in den vergangenen Jahren waren auch in diesem Jahr die Langzeitanalyse des Vertrauens in wichtige gesellschaftliche und staatliche Institutionen sowie die Ermittlung der grundsätzlichen Einstellungen zum deutschen Rechtssystem Schwerpunkte der Untersuchung. Zudem ermittelt auch der aktuelle ROLAND Rechtsreport die Einstellungen der Bevölkerung zur außergerichtlichen Streitbeilegung.

Im diesjährigen Schwerpunktthema der Untersuchung geht es um das Urteil der Bevölkerung zum Zustand der Gesellschaft: Wovon hängt die weitere Entwicklung Deutschlands ab? Ist Deutschland ein polarisiertes Land? Was gefährdet vor allem den Zusammenhalt in der Gesellschaft? Wie steht es um die Gleichberechtigung von Frauen und Männern?

Die Untersuchung stützt sich auf insgesamt 1.013 Interviews mit einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung ab 16 Jahre. Die Interviews wurden zwischen dem 1. und 14. Dezember 2023 mündlich-persönlich (face-to-face) durchgeführt. Die wichtigsten Befunde der Studie fasst der vorliegende Bericht im Folgenden zusammen.

Allensbach am Bodensee,
INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH
im Januar 2024

Inhalt

Seite

Untersuchungssteckbrief	1
Vorbemerkung	2
Geleitworte	4
Zusammenfassung	7
Teil A Einstellung der Bevölkerung zum deutschen Justizsystem und zur außergerichtlichen Konfliktlösung.....	10
I. Stabil hohes Vertrauen der Bürger in das deutsche Rechtssystem	11
II. Weiterhin viel Kritik an der Verfahrensdauer und der Überlastung der Gerichte	17
III. Weniger Bürger vor Gericht – unverändert hohe Bedeutung der außergerichtlichen Streitbeilegung	21
Teil B Spaltung der Gesellschaft – Was bedroht den Zusammenhalt?	24
I. Große gesellschaftliche Herausforderungen	25
II. Gefahren für den Zusammenhalt der Gesellschaft	31

Geleitworte



Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

eine überwältigende Mehrheit der Deutschen sieht eine tiefe Spaltung in unserer Gesellschaft. Die Polarisierung zwischen Gruppen, die sich mit ihren unterschiedlichen Weltanschauungen unversöhnlich gegenüberstehen, wird immer stärker. Besonders besorgniserregend: Nur noch gut ein Drittel der Befragten glaubt, dass Diskussionen, also der gemeinsame Austausch, dazu beitragen können, diese Gräben zu überwinden. Das sind nur einige der alarmierenden Ergebnisse des neuen ROLAND Rechtsreports, der sich in diesem Jahr nicht nur mit den Einstellungen der Bevölkerung zum deutschen Rechtssystem beschäftigt, sondern auch die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger über aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen in den Blick nimmt.

Hand in Hand mit den zunehmenden Konflikten in der Gesellschaft geht auch ein Vertrauensverlust der Menschen in viele staatliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Institutionen einher – seien es Zeitungen und Medien, die Verwaltung oder die Kirche. Vor allem die Politik hat bei den Bürgerinnen und Bürgern an Vertrauen verloren: Nicht einmal ein Viertel der Befragten gibt an, noch viel Vertrauen in die Bundesregierung zu haben.

Doch es gibt auch positive Befunde: Das Vertrauen der Bevölkerung in das deutsche Justizsystem ist seit vielen Jahren stabil auf einem hohen Niveau. Auch im jüngsten Rechtsreport äußern 67 Prozent der befragten Personen, dass sie sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen in die deutschen Gesetze und Gerichte haben.

Aber die Bundesbürgerinnen und -bürger machen im Rechtsreport auch deutlich, was sie von der Justiz erwarten und wo sie Verbesserungen einfordern. Die Kritikpunkte sind nicht neu: Seit Jahren bemängelt ein sehr großer Teil der Bevölkerung – in der aktuellen Studie mehr als Dreiviertel –, dass Verfahren zu lange dauern und Gerichte überlastet sind. Auch nehmen viele Menschen eine Ungleichbehandlung vor deutschen Gerichten wahr und halten Gesetze im Allgemeinen für viel zu kompliziert und teils unverständlich für normale Bürgerinnen und Bürger. Die Hälfte der Befragten empfindet die Urteile von deutschen Gerichten als viel zu milde und wünscht sich ein härteres Durchgreifen besonders bei jugendlichen Straftätern. Und nicht einmal ein Drittel würde der Aussage zustimmen, dass die Gerichte gründlich und gewissenhaft arbeiten.

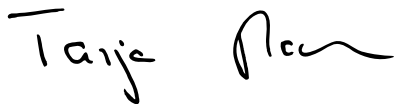
Das große Vertrauen in unser Rechtssystem ist ein hohes Gut, welches es zu schützen gilt. Justiz und Politik müssen auf die Kritik der Bürgerinnen und Bürger reagieren und ihre Hausaufgaben machen. Uns ist sehr wichtig, die Meinung der Bevölkerung regelmäßig mit dem ROLAND Rechtsreport zu erfragen, um derlei Stimmungen frühzeitig zu erkennen und ein Schlaglicht auf entsprechende Entwicklungen zu werfen.

Gleichzeitig suchen auch immer weniger Menschen in Deutschland den Weg vor Gericht, um Konflikte auszutragen: Lediglich 23 Prozent der Bevölkerung waren in den vergangenen zehn Jahren an einem Gerichtsprozess beteiligt. Ein Grund hierfür sind sicherlich die bekannten Kritikpunkte am deutschen Rechtssystem. Aber auch alternative Formen der Konfliktbeilegung wie Schlichtung oder Mediation werden immer attraktiver und sorgen dafür, dass die Quote kontinuierlich sinkt.

Indem wir unsere alternativen Lösungsangebote wie die außergerichtliche Streitbeilegung kontinuierlich weiterentwickeln, möchte ROLAND dazu beitragen, Konflikte in unserer Gesellschaft möglichst nachhaltig zu lösen. Außerdem arbeiten wir an präventiven Angeboten für unsere Kundinnen und Kunden, um mögliche Konflikte gar nicht erst entstehen zu lassen. Als Rechtsschützer möchten wir so einen Beitrag für ein besseres Miteinander in unserer Gesellschaft leisten. ROLAND steht für Chancengleichheit und Gleichstellung ein – auch beim Zugang zum Recht.

Denn in Zeiten, in denen extreme Gruppen mehr und mehr an Zulauf gewinnen und das Vertrauen in unsere staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen schwindet, müssen wir uns alle aktiv für die Stärkung des Rechtsstaats und des gesellschaftlichen Zusammenhalts einsetzen.

Ihre

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Tarja Radler', with a stylized, flowing script.

Tarja Radler

Vorständin der ROLAND Rechtsschutz-Versicherungs-AG



Liebe Leserinnen
liebe Leser,

in der Bevölkerung wachsen zurzeit Sorgen, dass die Demokratie durch antidemokratische Gruppierungen gefährdet werden könnte. Knapp die Hälfte der Bevölkerung sieht hier mittlerweile ein großes Risiko. Die Gesellschaft erlebt, dass in Frage gestellt wird, was lange Zeit wie selbstverständlich Konsens war, dass Tabus gebrochen und Regeln verletzt werden. Die überwältigende Mehrheit hält den gesellschaftlichen Zusammenhalt für gefährdet und die meisten sind darüber zutiefst beunruhigt. Der wachsende Rückhalt für extreme Parteien ist aus Sicht der Bevölkerung ein gravierendes Risiko, aber keineswegs das einzige. Auch Hass und Hetze im Netz, gezielte Desinformation, religiöser Extremismus und die Herausforderungen durch Flüchtlingswellen werden als ernste Gefahren für den Zusammenhalt der Gesellschaft gesehen.

Annähernd 80 Prozent der Bevölkerung haben den Eindruck, dass die Gesellschaft bei vielen Themen gespalten ist und immer weniger vertrauen die Menschen darauf, dass unterschiedliche Positionen durch konstruktive Diskussionen überbrückt und Kompromisse gefunden werden können.

An sich gibt es in Deutschland noch in vielen zentralen Fragen einen breiten Konsens, der aber in der öffentlichen Diskussion oft zu wenig sichtbar wird. Wenn jedoch die Diskursbereitschaft und -fähigkeit zurückgeht, ist das ein Vorbote von wachsender Polarisierung. Die USA sind ein warnendes Beispiel, wie Polarisierung und Unversöhnlichkeit eine Gesellschaft beschädigen können – und auch das Rechtssystem unter Druck setzen. Auch in Deutschland werden zunehmend Gerichte angerufen und Gesetze überprüft, um sicherzustellen, dass die Demokratie und die Stabilität der Gesellschaft keinen Schaden nehmen. Die Tendenzen, die die Bevölkerung beunruhigen, ob demokratiefeindliche Aktivitäten, der Zulauf zu extremen Parteien, religiöser Fanatismus oder Hetze im Netz, beschäftigen zunehmend auch Gerichte und Gesetzgeber.

Umso wichtiger ist das große Vertrauen in die Gesetze und Gerichte und auch die Sicherheitskräfte. Zwei Drittel der Bürger haben großes Vertrauen in die Gesetze des Landes und auch die Gerichte. Ein Wehrmutstropfen ist allerdings das deutlich geringere Vertrauen in Ostdeutschland, wo nur gut jeder Zweite dem Recht und der rechtsprechenden Institution vertraut. Auch das Vertrauen in das politische wie das wirtschaftliche System ist in Ostdeutschland signifikant geringer. Die Distanz zwischen Ost und West ist in vielen grundsätzlichen Fragen besorgniserregend groß.

Die politischen Institutionen genießen jedoch in Ost wie West weitaus weniger Vertrauen als das Rechtssystem. In der aktuellen von Verunsicherung und Unzufriedenheit geprägten Zeit ist das große Grundvertrauen in das Rechtssystem kostbar – und ein Auftrag, durch Gesetze und Rechtsprechung zur Bewahrung einer freiheitlichen, demokratischen und friedlichen Gesellschaft beizutragen

Ihre

Prof. Dr. Renate Köcher
Geschäftsführerin des Instituts für Demoskopie Allensbach

Zusammenfassung

Teil A

Vertrauen der Bürger in deutsches Rechtssystem bleibt hoch

Seit mittlerweile vierzehn Jahren erforscht ROLAND Rechtsschutz mit dem ROLAND Rechtsreport die Einstellungen der Bevölkerung zum deutschen Rechtssystem. Auch die diesjährige Studie bestätigt erneut das hohe Vertrauen der Bürger in die Justiz: 67 Prozent der Deutschen haben sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen in die hiesigen Gesetze, ebenso groß ist das Vertrauen in die Gerichte. Damit bewegen sich die Werte seit den letzten zehn Jahren auf einem stabil hohen Niveau. Größeres Vertrauen genießen seit Jahren nur kleine und mittlere Unternehmen (72 Prozent) sowie die Polizei (82 Prozent).

Anderen staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Institutionen wird deutlich weniger Vertrauen entgegengebracht. Besonders die Werte der Bundesregierung haben einen neuen Tiefstand erreicht: Nicht einmal jeder vierte Bürger hat noch viel Vertrauen in die Ampelkoalition, die mit 23 Prozent das Schlusslicht unter den in der Befragung ermittelten Institutionen darstellt. Im Vorjahreszeitraum lag der Wert noch bei 36 Prozent. Ähnlich schlechte Vertrauenswerte erzielt nur die Kirche mit 25 Prozent.

Auffallend ist hingegen das Vertrauen, das die Bevölkerung der Wirtschaft entgegenbringt. Während die Werte für kleine und mittlere Unternehmen wie erwartet weiterhin sehr hoch sind, hat auch das Vertrauen in große Wirtschaftsunternehmen im letzten Jahr von 34 auf 44 Prozent deutlich zugenommen – inmitten der Wirtschaftskrise. Grund dafür dürfte die weiterhin stabile Lage am deutschen Arbeitsmarkt und die geringe Sorge der Bürger um die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes sein.

Auch über 30 Jahre nach der Wiedervereinigung zeigen sich noch deutliche Unterschiede im Institutionenvertrauen der Bürger in den alten und neuen Bundesländern. Während im Westen 70 Prozent den Gesetzen und 69 Prozent den Gerichten vertrauen, sind es in Ostdeutschland mit 53 bzw. 56 Prozent deutlich weniger. Auch Polizei, Verwaltung und Bundesregierung sowie Zeitungen und Medien genießen in den neuen Bundesländern teils erheblich weniger Vertrauen. Lediglich Unternehmen und Gewerkschaften kommen bei den Bürgern im Osten auf ähnliche bzw. bessere Werte als in Westdeutschland. Diese unterschiedlichen Einstellungen zwischen Ost und West haben sich in den letzten zehn Jahren weiter verfestigt.

Deutliche Kritik an überlasteten Gerichten und milden Urteilen

Obwohl die Bundesbürger den Gesetzen und Gerichten insgesamt ein hohes Vertrauen entgegenbringen, äußern sie doch auch deutliche Kritik am Justiz- und Rechtssystem:

- 82 Prozent der Deutschen haben den Eindruck, dass viele Verfahren zu lange dauern. Gleichzeitig halten 77 Prozent die Gerichte für überlastet. Die Trendanalyse zeigt, dass diese Kritik der Bürger schon seit Jahren anhält und im Vergleich zum Vorjahr noch einmal leicht zugenommen hat.
- Viele haben Zweifel an der Gleichbehandlung vor deutschen Gerichten: 62 Prozent glauben, dass ein günstiges Urteil wahrscheinlicher ist, wenn man sich einen bekannten Anwalt leisten kann. Zudem sind 58 Prozent der Auffassung, dass Urteil und Strafmaß im hohen Maß vom jeweiligen Gericht abhängen.
- Jeder Zweite kritisiert, dass deutsche Gerichte allgemein zu milde urteilen. Gegenüber jugendlichen Straftätern wünschen sich so sogar 60 Prozent der Befragten weniger Nachsicht und härteres Durchgreifen der Gerichte.
- 55 Prozent bemängeln, dass die Gesetze in Deutschland zu kompliziert und für normale Bürger schwer zu verstehen sind.

Auch stimmen nur wenige Befragten ausdrücklich positiven Aussagen über die deutsche Justiz zu: Nur 32 Prozent geben an, dass sie großen Respekt vor Richtern haben, während 30 Prozent glauben, dass die Gerichte gewissenhaft und gründlich arbeiten. Lediglich 27 Prozent sind überzeugt, dass man sich darauf verlassen kann, dass bei Gerichten alles mit rechten Dingen zugeht.

Immer weniger Bürger vor Gericht – mehr als jeder Zweite von außergerichtlicher Streitbeilegung überzeugt

Nicht einmal jeder Vierte hat schon persönliche Erfahrungen mit deutschen Gerichten gemacht: 23 Prozent der Befragten waren in den letzten zehn Jahren – einmal oder sogar mehrmals – an einem Gerichtsprozess als Zeuge, Kläger oder Beklagter beteiligt. Überdurchschnittlich oft sind Männer sowie Personen mittleren Alters zwischen 45 und 59 Jahren an Gerichtsverfahren beteiligt, während die Einkommensklasse hier hingegen nur einen geringen Einflussfaktor hat. Insgesamt setzt sich damit der Trend fort, dass immer weniger Deutsche den Weg vor Gericht suchen: Zwischen 2011 und 2015 gaben noch 29 Prozent der Bürger an, dass sie im vergangenen Jahrzehnt an einem Gerichtsprozess beteiligt waren. Seitdem sind die Zahlen kontinuierlich rückläufig.

Die möglichen Gründe hierfür sind vielfältig. Neben dem weit verbreiteten Eindruck, dass viele Verfahren zu lange dauern und die Rechtsprechung an deutschen Gerichten oft uneinheitlich ist, dürfte auch die in den letzten Jahren zunehmende Attraktivität der außergerichtlichen Einigung eine Rolle spielen. Die Bürger sehen die außergerichtlichen Streitbeilegung seit vielen Jahren sehr positiv und bewerten die Erfolgschancen mehrheitlich hoch: Im aktuellen Report zeigen sich 55 Prozent der Befragten davon überzeugt, dass sich mit solchen Verfahren viele Streitigkeiten beilegen lassen, nur 30 Prozent äußern sich skeptisch.

Teil B

Große Mehrheit sieht Gesellschaft als gespalten, wenig Vertrauen in gemeinsamen Austausch

Der ROLAND Rechtsreport 2024 widmet sich auch den aktuellen Sorgen der Bevölkerung sowie den vielfältigen Herausforderungen, mit denen die Bürger derzeit konfrontiert sind. Neben der Inflation, der Flüchtlingsproblematik, dem Krieg in der Ukraine und dem Nahost-Konflikt, ist es vor allem die derzeitige wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands, die den Bundesbürgern große Sorge bereitet. Diese Zusammenballung von Krisen bestimmt auch die Vorstellungen der Bevölkerung, wovon die Zukunft des Landes abhängt.

85 Prozent der Befragten sind sich einig, dass eine positive Zukunft Deutschlands vor allem von der Entwicklung der wirtschaftlichen Lage abhängt. Drei Viertel sehen zudem bezahlbare Energiepreise als wichtig für die weitere Entwicklung des Landes, während 69 Prozent eine bessere Steuerung der Zuwanderung für zentral halten. Für 71 Prozent hängt eine positive Entwicklung zudem davon ab, dass Deutschland in keine militärischen Konflikte hineingezogen wird.

Auch der gesellschaftliche Frieden spielt aus Sicht vieler Bürger eine große Rolle für die weitere Entwicklung Deutschlands: So glauben 57 Prozent, dass eine gute Zukunft des Landes davon abhängt, dass die Unterschiede zwischen Arm und Reich nicht größer werden. 54 Prozent halten es für wichtig, dass extreme Kräfte, die die Demokratie bedrohen, nicht stärker werden, und 48 Prozent, dass der Zusammenhalt in der Gesellschaft gestärkt wird.

Grundsätzlich hat eine große Mehrheit der Bevölkerung den Eindruck, dass die Gesellschaft tief gespalten ist: 79 Prozent der Befragten glauben, dass sich verschiedene Gruppen bei vielen Themen unversöhnlich gegenüberstehen. Ein Grund für diese Wahrnehmung ist, dass viele politische Diskussionen der letzten Jahre – wie in der Flüchtlingskrise, der Corona-Pandemie und im Ukraine-Krieg – teilweise sehr kontrovers ausgetragen wurden. Die Mehrheit der Bundesbürger sieht diese

Spaltung als Problem für den gesellschaftlichen Frieden: So sind 56 Prozent deswegen stark und 19 Prozent sogar sehr stark beunruhigt. Nur eine Minderheit macht sich darüber weniger oder gar keine Sorgen.

Gleichzeitig verliert die Bevölkerung auch zunehmend den Glauben an den Wert von Diskussionen bei weltanschaulichen Differenzen. Nur noch 36 Prozent sind überzeugt, dass sich hier Fortschritte und Kompromisse durch Diskussionen erzielen lassen – vor einem Jahr lag der Wert noch bei 41 Prozent. 44 Prozent der Befragten vertreten dagegen die Auffassung, dass ein Austausch in solchen Situationen meist nicht viel bringt. Die Haltung zu dieser Frage ist stark von sozialer Schicht sowie von parteipolitischer Orientierung abhängig. Während in den oberen Einkommensklassen immerhin 52 Prozent an den Wert von Diskussionen glauben, sind es in den unteren Sozialschichten lediglich 23 Prozent. Unter den Anhängern der AfD sind es sogar nur 13 Prozent, die glauben, dass durch Austausch eine Annäherung möglich ist.

Viele Gefahren für den Zusammenhalt der Gesellschaft, Gleichberechtigung wird unterschiedlich wahrgenommen

Aus Sicht der Bürger gibt es eine Vielzahl von Faktoren, die den Zusammenhalt in der Gesellschaft bedrohen und so die wahrgenommene Spaltung weiter vertiefen. So sehen ein Großteil der Befragten Hass und Hetze (69 Prozent) sowie Falschinformationen (64 Prozent) im Internet als ernsthafte Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Gleichermaßen sind 69 Prozent überzeugt, dass Zuwanderung und der Zuzug von Flüchtlingen eine Bedrohung des Zusammenhalts darstellen. Die sozialen Unterschiede bzw. den Abstand zwischen Arm und Reich halten 67 Prozent für eine Gefahr. Auch extreme Parteien (62 Prozent) und religiöser Extremismus (60 Prozent) bedrohen aus Sicht der Bürger das gesellschaftliche Miteinander. Knapp jeder Zweite nennt hier zudem Verschwörungstheorien sowie zunehmende weltanschauliche Unterschiede (50 bzw. 45 Prozent).

Als ernsthafte Gefahr für die Demokratie in Deutschland erkennt die Bevölkerung zunehmend demokratiefeindliche Gruppen: Meinten 2022 noch lediglich 32 Prozent der Befragten, dass eine hohe Gefahr von solchen Gruppen ausgeht, sind es aktuell schon 46 Prozent. 45 Prozent stufen das Gefährdungspotential durch Gruppen, die die Demokratie ablehnen oder sogar abschaffen möchten, hingegen nach wie vor als gering ein.

In der mangelnden Gleichberechtigung von Männern und Frauen sehen hingegen nur 21 Prozent der Bürger eine Bedrohung für den Zusammenhalt. Nichtsdestotrotz ist jeder dritte Bürger überzeugt, dass Männer

und Frauen in der deutschen Gesellschaft nicht gleichberechtigt sind. Allerdings ist dieser Eindruck innerhalb der letzten 10 Jahre von 38 auf 33 Prozent zurückgegangen, während im selben Zeitraum der Anteil derer, die die Geschlechter weitestgehend gleichberechtigt sehen, von 35 auf 42 Prozent angestiegen ist.

Allerdings gibt es in Wahrnehmungen deutliche Unterschiede: 48 Prozent der Männer, aber nur 36 Prozent der Frauen meinen, dass die Gleichberechtigung weitgehend eingelöst ist, während 44 Prozent der Frauen, aber nur 22 Prozent der Männer widersprechen. Entsprechend sehen Männer in Fragen der Gleichberechtigung auch deutlich seltener Handlungsbedarf als Frauen: Nur 34 Prozent der Männer haben den Eindruck, dass mehr für die Gleichberechtigung von Frauen getan werden müsste, von den Frauen meinen dies hingegen 52 Prozent. 21 Prozent der Männer vertreten sogar die Auffassung, dass vieles, was im Zeichen der Gleichberechtigung gemacht wird, zum Teil schon übertrieben ist.

Insgesamt hat das Thema Gleichberechtigung heute eine deutlich höhere Relevanz in der Bevölkerung als noch vor 10 Jahren: Meinten 2013 noch 37 Prozent der Gesamtbevölkerung, dass mehr für die Gleichberechtigung von Frauen mehr unternommen werden müsste, sind es heute 44 Prozent.



Teil A Einstellung der Bevölkerung zum deutschen Justizsystem und zur außergerichtlichen Konfliktlösung

I. Stabil hohes Vertrauen der Bürger in das deutsche Rechtssystem

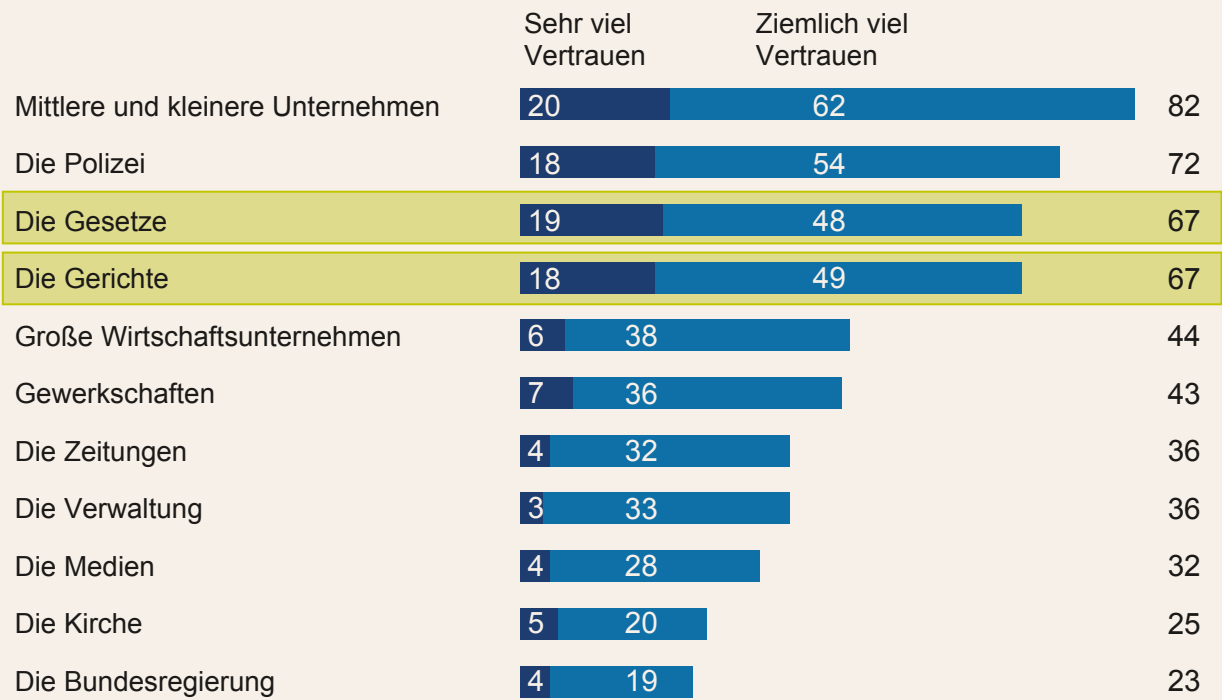
Das Vertrauen der Bevölkerung in das deutsche Rechtssystem ist nach wie vor groß: Zwei Drittel der Bürger haben sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen in die Gesetze, ebenso viele in die Gerichte. Damit nimmt die Justiz im Vergleich mit anderen staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Institutionen eine herausgehobene Stellung ein. Größeres Vertrauen als dem Rechtssystem bringt die Bevölkerung nur kleineren und mittleren Unternehmen sowie der Polizei entgegen: 72 Prozent der Bevölkerung haben großes Vertrauen in die Polizei und sogar 82 Prozent in mittlere und kleinere

Unternehmen. Alle anderen in dieser Befragung ermittelten Institutionen genießen deutlich weniger Vertrauen. Immerhin 44 Prozent haben sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen in große Wirtschaftsunternehmen, 43 Prozent in die Gewerkschaften. Die Zeitungen und die Verwaltung genießen bei jeweils 36 Prozent großes Vertrauen, die Medien bei knapp jedem Dritten. Vergleichsweise wenig Vertrauen genießen die Kirche sowie die Bundesregierung: Nur 25 Prozent haben sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen in die Kirche und lediglich 23 Prozent in die Bundesregierung (Schaubild 1).

Schaubild 1

Großes Vertrauen in das Rechtssystem im Vergleich zu anderen Institutionen

Frage: "Könnten Sie mir bitte zu jedem Punkt auf dieser Liste sagen, wie viel Vertrauen Sie in jeden haben, ob sehr viel Vertrauen, ziemlich viel, wenig oder überhaupt kein Vertrauen?"
(Vorlage einer Liste, Angaben in Prozent)



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12079

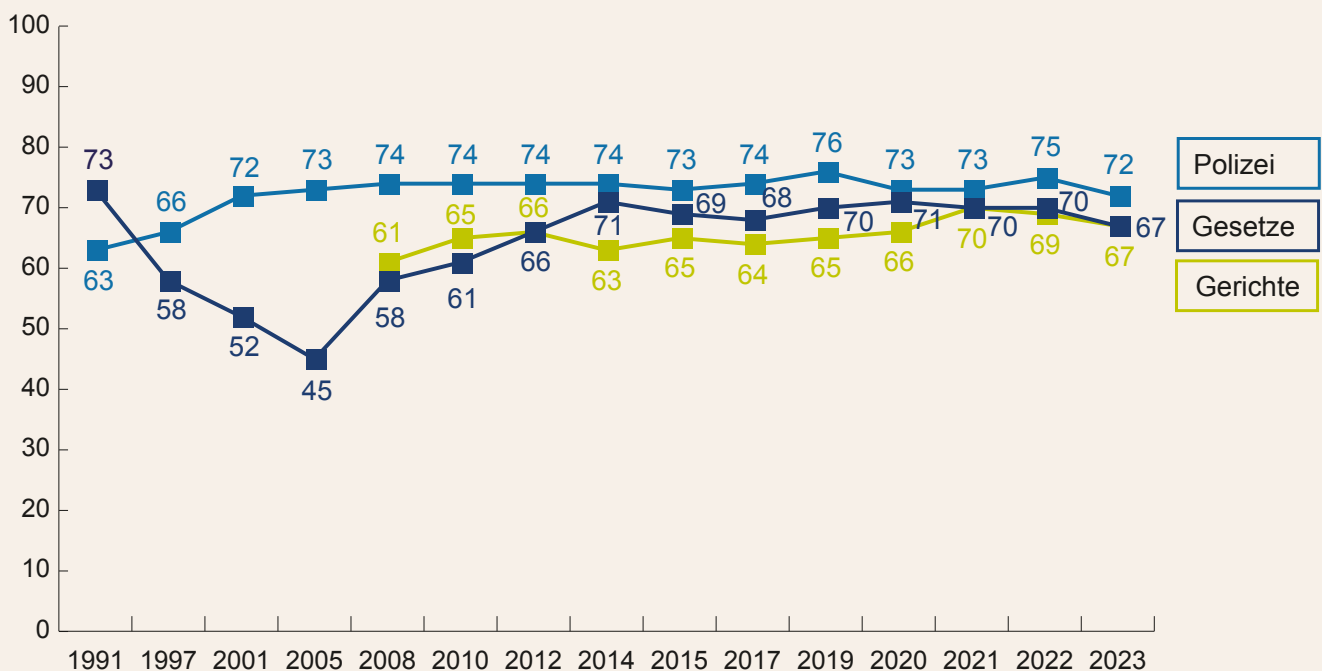
Die Trendanalyse zeigt, dass das Vertrauen der Bevölkerung in das deutsche Rechtssystem seit vielen Jahren äußerst stabil ist, insbesondere im Trendverlauf der letzten gut zehn Jahre. Für das Vertrauen in die Gesetze liegen Trendreihen bis Anfang der 1990er Jahre vor. Nachdem das Vertrauen in die Gesetze im Jahr 2005 auf einen Tiefststand von 45 Prozent gefallen war, stieg der Anteil derer, die den Gesetzen sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen aussprechen, bis 2014 auf 71 Prozent an. Seither schwankt der Vertrauenspegel in der engen Bandbreite zwischen 67 und 71 Prozent. Das Vertrauen in die deutschen Gerichte bewegt sich bereits seit 2010 im engen Korridor zwischen 63 und 70 Prozent.

Noch stabiler als das Vertrauen in das Rechtssystem ist dasjenige in die Polizei. Seit 2001 oszilliert das Vertrauen in die Polizei im engen Spektrum zwischen 72 und 76 Prozent, aktuell liegt es bei 72 Prozent (Schaubild 2).

Schaubild 2

Vertrauen in das Rechtssystem und die Polizei nach wie vor auf hohem Niveau – aber leicht rückläufig

Es haben sehr viel/ziemlich viel Vertrauen in ...
(Angaben in Prozent)



Besonders volatil ist hingegen das Vertrauen der Bevölkerung gegenüber der Bundesregierung. Mehr als bei den anderen Institutionen wird das Vertrauen in das Regierungshandeln oftmals überlagert von der Zustimmung oder Ablehnung des aktuellen Kurses der Regierung. So pendelte zwischen 2005 und 2014 der Anteil derer, die der Bundesregierung großes Vertrauen entgegenbringen, zwischen 16 und 49 Prozent. In den folgenden Jahren sank das Vertrauen in die Regierung kontinuierlich von 49 Prozent im Jahr 2014 auf 33 Prozent im Jahr 2019. In der frühen Phase der Corona-Pandemie stieg das Vertrauen in die Bundesregierung dann wieder auf 57 Prozent steil an. Dieser außergewöhnlich starke Zugewinn an Vertrauen war auf die Maßnahmen der damaligen Bundesregierung zur Bekämpfung der Corona-Pandemie zurückzuführen. Gerade in der frühen Phase der Pandemie im Frühjahr und Sommer 2020 gab es eine breite Unterstützung für die Regierungspolitik im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Krise. Mit der Zunahme der Kritik an

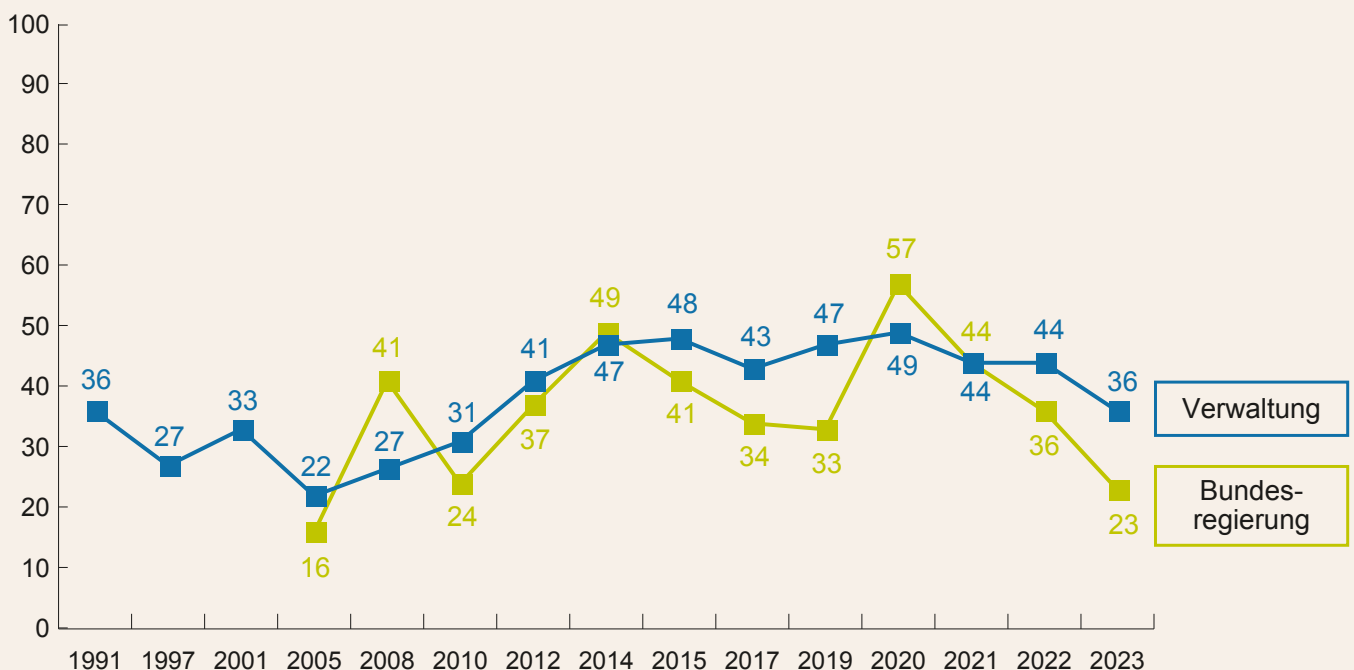
der Regierungspolitik seit der Jahreswende 2020/21 nahm auch das Vertrauen in die Regierung sukzessive ab. Seither häufen sich nicht nur die Krisen, sondern auch die Kritik der Bevölkerung an der Regierungspolitik zur Bewältigung der multiplen Krisen hat kontinuierlich zugenommen. Zuletzt derart stark, dass das Vertrauen in die Institution Bundesregierung erodiert ist. Aktuell haben lediglich 23 Prozent der Bundesbürger sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen in die Bundesregierung.

Das Urteil über die Verwaltung unterliegt zwar weniger starken Schwankungen, hat sich aber ebenfalls innerhalb der letzten 12 Monate deutlich verschlechtert. Hatten vor einem Jahr noch 44 Prozent der Bundesbürger großes Vertrauen in die Verwaltung, sind es aktuell nur noch 36 Prozent. Die zunehmende Kritik an einer überbordenden Bürokratie und der fehlenden Effizienz der Verwaltung dürften den Ausschlag für diesen Vertrauensverlust gegeben haben (Schaubild 3).

Schaubild 3

Das Vertrauen in die Bundesregierung erodiert

Es haben sehr viel/ziemlich viel Vertrauen in ...
(Angaben in Prozent)



Die Entwicklung des Vertrauens, das die Bevölkerung der Wirtschaft entgegenbringt, ist bemerkenswert. Nach wie vor ist das Vertrauen in die kleineren und mittleren Unternehmen stabil hoch und unterliegt auch im Langzeittrend nur sehr geringen Schwankungen. Bemerkenswert ist jedoch, dass das Vertrauen in die großen Wirtschaftsunternehmen innerhalb des letzten Jahres mit einem Sprung von 34 auf 44 Prozent deutlich zugenommen hat. Inmitten der Wirtschaftskrise wächst somit die Unterstützung für die großen Wirtschaftsunternehmen. Das war in der Vergangenheit meist anders. So hatte das Vertrauen in die Großunternehmen in der Phase der Wachstumsschwäche zwischen 1998 und 2005 kontinuierlich abgenommen. Dass die Bevölkerung die größeren Unternehmen derzeit

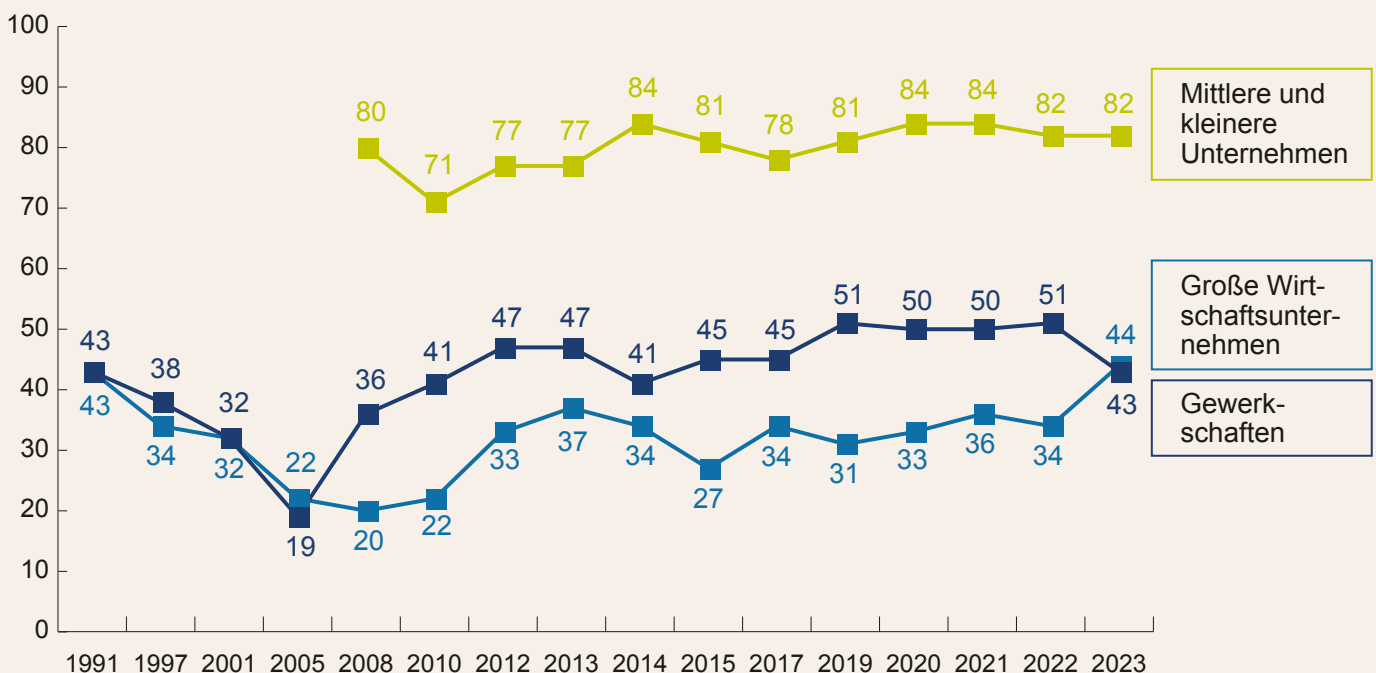
anders bewertet, dürfte vor allem mit der stabilen Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt zusammenhängen. Der Anteil derer, die sich Sorgen um die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes machen, ist weiterhin auf einem sehr niedrigen Niveau. Dies stärkt offensichtlich das Vertrauen in die Unternehmen in Deutschland.

Ganz anders als das Vertrauen in die großen Wirtschaftsunternehmen hat sich innerhalb des letzten Jahres das Vertrauen in die Gewerkschaften entwickelt. Der Anteil, der den Gewerkschaften großes Vertrauen ausspricht, ist in den letzten 12 Monaten von 51 auf 43 Prozent zurückgegangen (Schaubild 4).

Schaubild 4

Große Wirtschaftsunternehmen gewinnen, Gewerkschaften verlieren an Vertrauen

Es haben sehr viel/ziemlich viel Vertrauen in ...
(Angaben in Prozent)

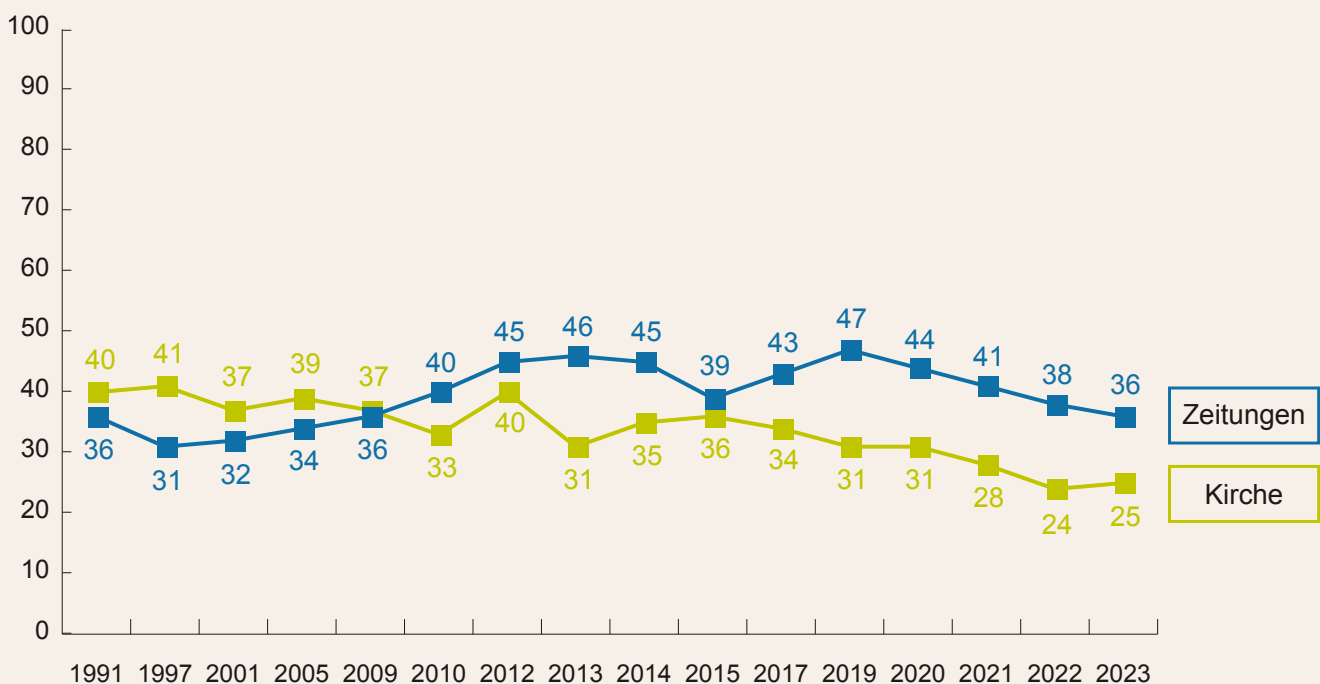


Seit Jahren rückläufig ist das Vertrauen in die Zeitungen und die Kirche. Der Anteil derer, die den Zeitungen großes Vertrauen entgegenbringen, ist seit 2019 kontinuierlich von 47 auf 36 Prozent zurückgegangen. Der Vertrauensverlust in die Kirchen hält schon länger an. Allein zwischen 2015 und 2022 verringerte sich die Zustimmung in die Kirchen von 36 auf 24 Prozent. Seither ist der Anteil derer, die der Kirche sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen entgegenbringen, immerhin stabil geblieben und liegt aktuell bei 25 Prozent (Schaubild 5).

Schaubild 5

Das Vertrauen in Zeitungen und Kirche verharret auf niedrigem Niveau

Es haben sehr viel/ziemlich viel Vertrauen in ...
(Angaben in Prozent)



Nach wie vor ist das Misstrauen gegenüber den Zeitungen in Ostdeutschland deutlich größer als in Westdeutschland. Während in Westdeutschland knapp vier von zehn Bürgern den Zeitungen vertrauen, sind es in Ostdeutschland nur halb so viele. Bei keiner anderen Institution liegt das Maß an Vertrauen in Ost und West so weit auseinander.

Der Ost-West-Vergleich zeigt, dass es jedoch auch in anderen Bereichen nach über 30 Jahren der Wiedervereinigung weiterhin zum Teil deutliche Unterschiede im Institutionenvertrauen zwischen Ost- und West gibt. Dies gilt neben den Medien insbesondere für das Vertrauen in das Rechtssystem, in die Exekutive wie auch für das Vertrauen in die Kirchen. So vertrauen im Westen des Landes 70 Prozent den Gesetzen, in Ostdeutschland hingegen nur 53 Prozent. Den Gerichten bringen 69 Prozent der westdeutschen, aber nur 56 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung großes Vertrauen entgegen. Und während in Westdeutschland immerhin 34 Prozent den Medien vertrauen, sind es in Ostdeutschland nur 22 Prozent. Das Vertrauen in die

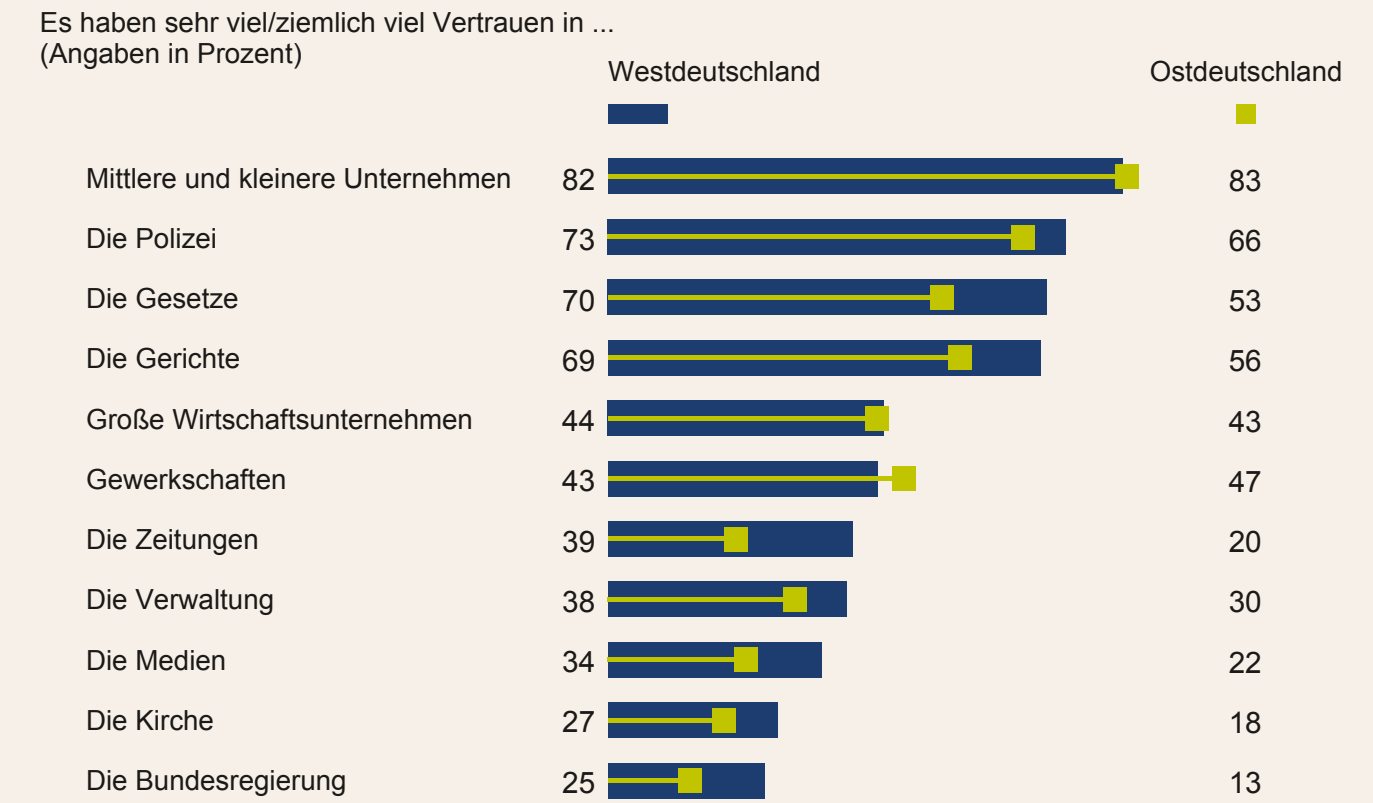
Bundesregierung ist zwar mittlerweile in Ost- wie Westdeutschland erodiert, dennoch vertrauen mit 25 Prozent im Westen des Landes immerhin noch rund doppelt so viele der Regierung wie im Westen des Landes.

Lediglich die Gewerkschaften genießen in der ostdeutschen Bevölkerung größeres Vertrauen als in der westdeutschen. So haben 47 Prozent der Ostdeutschen sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen in die Gewerkschaften, in Westdeutschland hingegen nur 43 Prozent.

Die Ergebnisse sind ein Beleg dafür, dass sich die unterschiedlichen historischen Erfahrungen in Ost und West auch mehr als 30 Jahre nach der Wiedervereinigung weiterhin in den grundsätzlichen Einstellungen zum Staat und seinen Institutionen widerspiegeln. Dennoch überrascht die große Stabilität der Unterschiede, die sich selbst im Verlauf der letzten 10 Jahre nicht weiter verringert haben (Schaubild 6).

Schaubild 6

Deutlich geringeres Vertrauen in das Rechtssystem, die Medien und die Bundesregierung in Ostdeutschland



II. Weiterhin viel Kritik an der Verfahrensdauer und der Überlastung der Gerichte

Trotz des großen Vertrauens, das die Bevölkerung den Gesetzen und Gerichten entgegenbringt, äußern viele Bundesbürger zum Teil deutliche Kritik am deutschen Justiz- und Rechtssystem. Im Wesentlichen bezieht sich die Kritik auf vier Bereiche:

- zu lange Verfahrensdauer durch die Arbeitsüberlastung der Gerichte,
- eine als uneinheitlich wahrgenommene Rechtsprechung,
- zu komplizierte Gesetze und
- zu milde Strafen.

Die größte Kritik übt die Bevölkerung an der langen Verfahrensdauer: 82 Prozent der Bürger haben den Eindruck, dass viele Verfahren in Deutschland zu lange dauern, 77 Prozent halten zudem die Gerichte für überlastet.

Darüber hinaus äußert ein Großteil der Bevölkerung Zweifel an der Gleichbehandlung vor Gericht: 62 Prozent sind der Auffassung, dass man seine Chancen auf ein günstiges Urteil erhöhen kann, wenn man sich einen bekannten Anwalt leisten kann. 58 Prozent halten zudem die Rechtsprechung in Deutschland ganz allgemein für uneinheitlich. Urteil und Strafmaß hängen ihrer Meinung nach stark vom jeweils zuständigen Gericht ab.

Zudem werden die in Deutschland verhängten Strafen von vielen als zu milde kritisiert: Jeder Zweite hält die Urteile der deutschen Gerichte ganz allgemein für zu milde. Noch mehr missfällt den Bürgern, dass ihrer Meinung nach zu viele Gerichte gegenüber jugendlichen Straftätern zu nachsichtig sind. So würden sich 60 Prozent ein härteres Durchgreifen der Gerichte gegenüber jugendlichen Straftätern wünschen.

Und schließlich kritisieren viele Bürger die aus ihrer Sicht zu komplizierte Gesetzgebung in Deutschland: 55 Prozent halten die Gesetze für zu kompliziert und bezweifeln, dass man sie als normaler Bürger verstehen kann (Schaubild 7 auf Folgeseite).

Schaubild 7

Viel Kritik am deutschen Rechtssystem – insbesondere an der Verfahrensdauer

Frage: "Hier auf dieser Liste steht Verschiedenes, was uns über das deutsche Rechtssystem, die deutsche Justiz gesagt wurde. Was davon würden Sie selbst auch sagen?"
(Vorlage einer Liste, Auszug, Angaben in Prozent)

Zu lange Verfahrensdauer

Viele Verfahren dauern zu lange	82	
Die Gerichte haben heute viel zu viel Arbeit, sie sind überlastet	77	

Mangelnde Gleichbehandlung

Wer sich einen bekannten Anwalt leisten kann, hat bessere Chancen auf ein günstiges Urteil	62	
Die Rechtsprechung in Deutschland ist sehr uneinheitlich. Das Strafmaß bzw. Urteil hängt stark vom zuständigen Gericht ab	58	

Zu milde Strafen

Gegenüber jugendlichen Straftätern müssten die Gerichte härter durchgreifen	60	
Die Urteile der deutschen Gerichte sind oft zu milde	50	

Komplizierte Gesetze

Die Gesetze in Deutschland sind viel zu kompliziert, das versteht man als normaler Bürger überhaupt nicht	55	
---	----	---

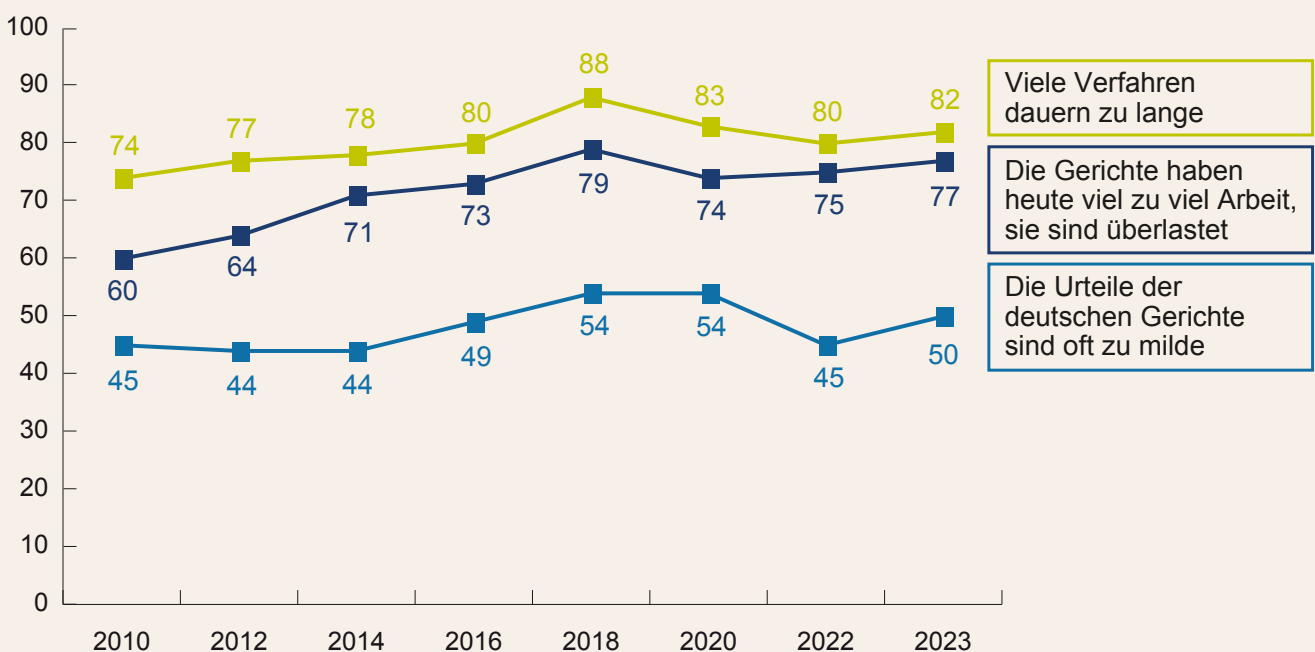
Die Trendanalyse zeigt, dass die Kritik an der Überlastung der Gerichte und der Verfahrensdauer schon seit Jahren anhält. Zwischen 2010 und 2018 nahm diese Kritik sukzessive zu, ging dann zwar in den Folgejahren etwas zurück, blieb aber auf einem historisch betrachtet hohen Niveau. So hatten 2018 88 Prozent den Eindruck, dass viele Gerichtsverfahren in Deutschland zu lange dauern, 2020 waren es 83 Prozent, 2022 80 Prozent, aktuell sind es 82 Prozent. An der Überlastung der Gerichte störten sich 2018 79 Prozent, in den folgenden Jahren dann zwischen 74 und 75 Prozent, derzeit sind es 77 Prozent, womit im Vergleich zum letzten Jahr der Anteil der Kritiker sogar wieder leicht zugenommen hat.

Ebenfalls sehr stabil zeigt sich im Langzeittrend der Eindruck, dass die Urteile der deutschen Gerichte ganz allgemein zu milde sind: Seit 2010 bewegt sich der Anteil der Bürger, die diese Auffassung vertreten, im Korridor zwischen 44 und 54 Prozent, aktuell liegt er bei 50 Prozent (Schaubild 8).

Schaubild 8

Die Kritik an der Verfahrensdauer und dem Strafmaß nehmen tendenziell wieder zu

Es stimmen der Aussage zu –
(Angaben in Prozent)



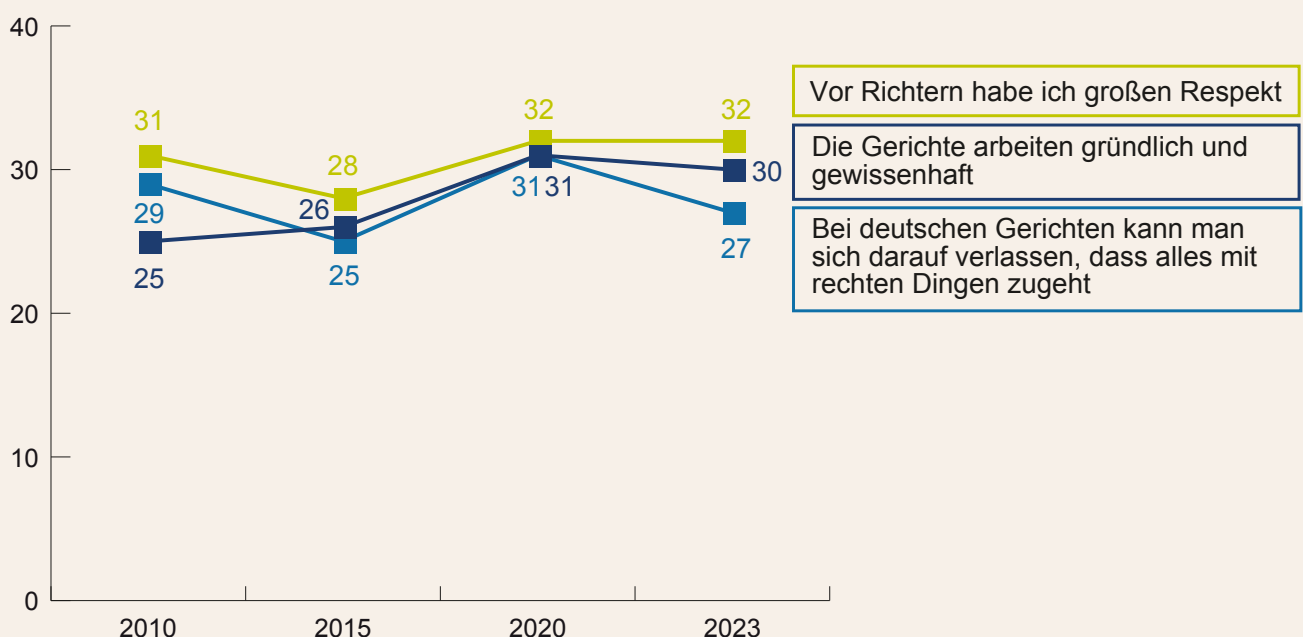
Obgleich weite Teile der Bevölkerung den Institutionen des deutschen Rechtssystems seit Jahrzehnten großes Vertrauen entgegenbringen, überwiegen im detaillierten Bild unverändert die kritischen Stimmen eindeutig. Vergleichsweise wenige Bürger stimmen ausdrücklich positiven Aussagen über die Justiz zu. 32 Prozent geben zu Protokoll, dass sie großen Respekt vor Richtern haben. 30 Prozent sind zudem überzeugt, dass die Gerichte gewissenhaft und gründlich arbeiten,

weitere 27 Prozent, dass man sich bei deutschen Gerichten darauf verlassen kann, dass alles mit rechten Dingen zugeht. Der Trendvergleich der letzten Jahre zeigt, dass das Meinungsbild der Bevölkerung außerordentlich stabil ist. Seit vielen Jahren erfährt die deutsche Justiz im detaillierten Bild eine weitgehend gleichbleibende, aber verglichen mit der Kritik, nur eingeschränkte Unterstützung durch die Bevölkerung (Schaubild 9).

Schaubild 9

Nach wie vor nur eingeschränkte Wertschätzung für die Arbeit der deutschen Gerichte

Frage: "Hier auf dieser Liste steht Verschiedenes, was uns über das deutsche Rechtssystem, die deutsche Justiz gesagt wurde. Was davon würden Sie selbst auch sagen?"
(Vorlage einer Liste, Auszug, Angaben in Prozent)



III. Weniger Bürger vor Gericht – unverändert hohe Bedeutung der außergerichtlichen Streitbeilegung

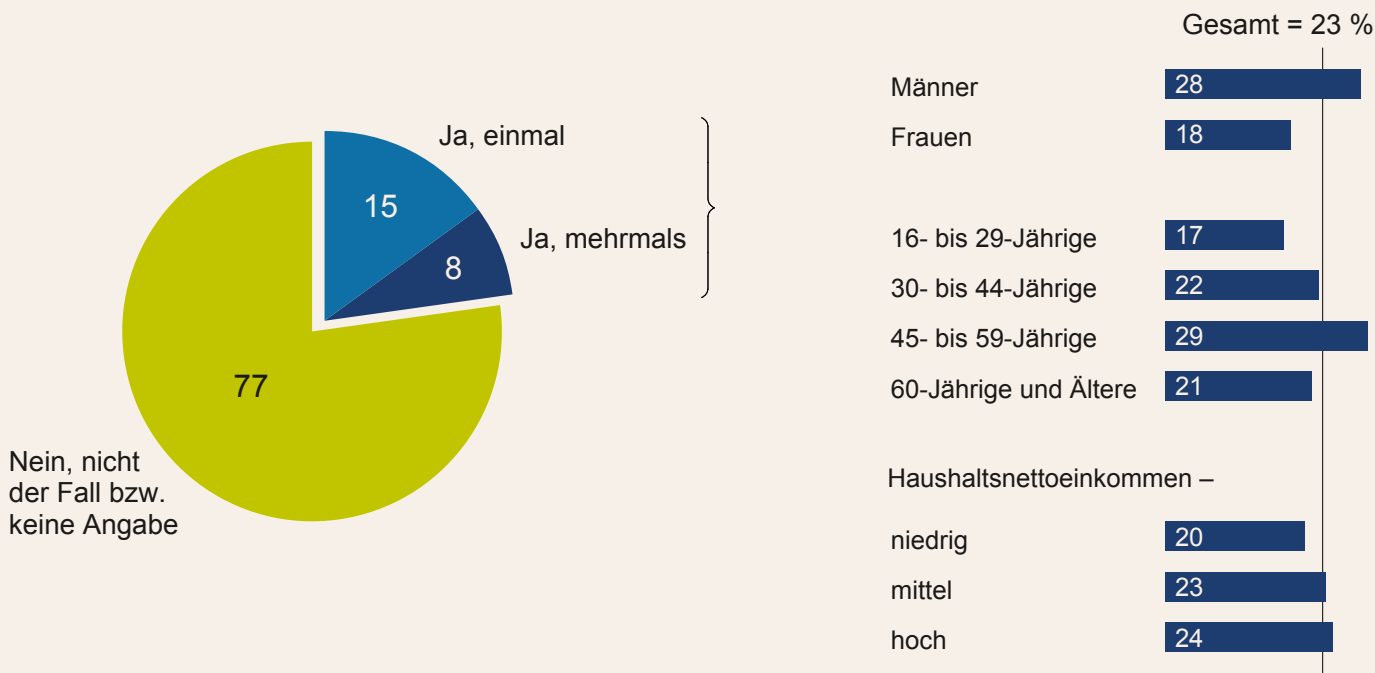
Knapp jeder vierte Bundesbürger stützt sein Urteil über das deutsche Rechtssystem nicht nur auf eine Außenperspektive, sondern hat bereits persönliche Erfahrungen mit Gerichtsverfahren gemacht: 23 Prozent der Bevölkerung waren in den vergangenen zehn Jahren an einem Gerichtsprozess beteiligt, sei es als Zeuge, Kläger oder auch als Beklagter. 15 Prozent waren einmal, 8 Prozent sogar mehrmals an Gerichtsprozessen beteiligt. Überdurchschnittlich oft sind Männer sowie Personen mittleren Alters zwischen 45 und 59 Jahren Beteiligte an Gerichtsverfahren. Das

Einkommen hat hingegen nur einen eher geringen Einfluss darauf, ob jemand an einem Gerichtsprozess beteiligt war oder nicht: 20 Prozent der Personen mit niedrigem Einkommen, 23 Prozent derer, die über ein mittleres Einkommen verfügen, und 24 Prozent der einkommensstarken Personen waren in den vergangenen zehn Jahren persönlich an einem Gerichtsverfahren beteiligt (Schaubild 10).

Schaubild 10

Beteiligte an Gerichtsprozessen

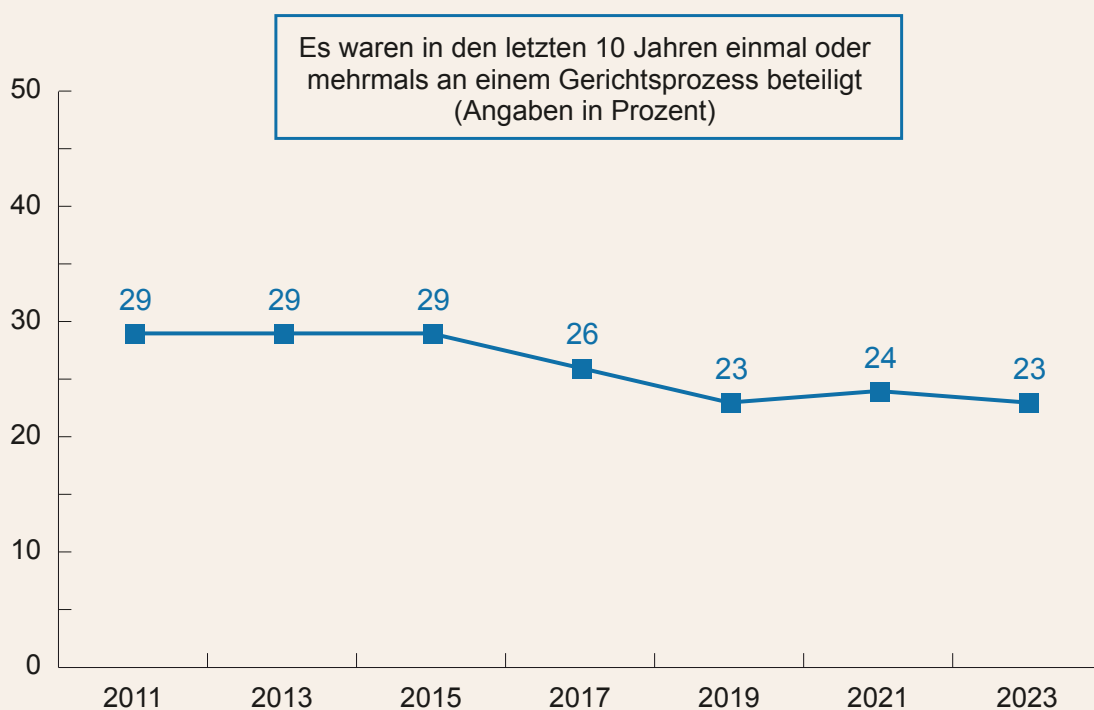
Frage: "Waren Sie in den letzten 10 Jahren einmal oder mehrmals an einem Gerichtsprozess beteiligt, egal ob als Kläger, Beklagter oder als Zeuge, oder war das nicht der Fall?" (Angaben in Prozent)



Im Trendverlauf wird sichtbar, dass der Kreis derer, die in den vergangenen zehn Jahren an einem Gerichtsprozess beteiligt waren, seit 2011 kontinuierlich zurückgegangen ist. Gaben zwischen 2011 und 2015 noch 29 Prozent der Bürger zu Protokoll, dass sie im vergangenen Jahrzehnt mindestens einmal an einem Gerichtsprozess beteiligt waren, sank dieser Anteil über 26 Prozent (2017) und 24 Prozent im Jahr 2021 auf aktuell 23 Prozent (Schaubild 11).

Schaubild 11

Weniger Bürger vor Gericht



Dieser Befund deckt sich mit Zahlen aus offiziellen Statistiken, die belegen, dass die Fallzahlen vor deutschen Zivilgerichten seit vielen Jahren rückläufig sind. Die möglichen Ursachen hierfür sind vielfältig. Der weit verbreitete Eindruck, dass viele Verfahren zu lange dauern, die Rechtsprechung oft uneinheitlich ist und Urteil und Strafmaß vom jeweils zuständigen Gericht abhängen, dürften zumindest einige davon abhalten, den Weg vor Gericht einzuschlagen. Zudem haben auch die Möglichkeiten der außergerichtlichen Einigung in den letzten Jahren deutlich an Attraktivität gewonnen. Die Bevölkerung misst den Angeboten der außergerichtlichen Streitbeilegung seit vielen Jahren einen hohen Stellenwert bei.

Für die Bewertung der außergerichtlichen Streitbeilegung wurde den Befragten folgende detaillierte Beschreibung der Einzelheiten des Verfahrens vorgelegt:

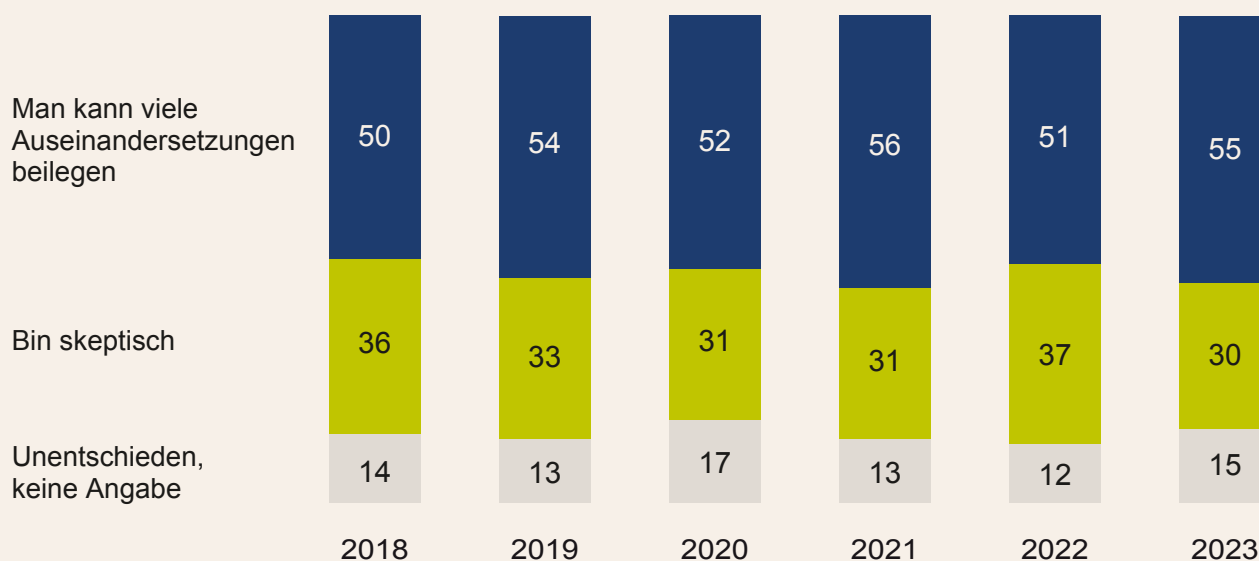
- Die Teilnahme an solchen Verfahren ist freiwillig
- Die beiden Streitparteien versuchen mit Hilfe eines unabhängigen Vermittlers, gemeinsam zu einer Konfliktlösung zu kommen
- Der Vermittler unterstützt die beiden Streitparteien bei der Suche nach einer Konfliktlösung
- Ob und wie die Parteien sich einigen, entscheiden sie alleine. Sie können sich aber auch rechtlich beraten lassen

Auf Basis dieser Informationen bewertet die Bevölkerung die Erfolgchancen der außergerichtlichen Streitbeilegung nach wie vor mehrheitlich positiv: 55 Prozent sind überzeugt, dass sich mit einem solchen Verfahren viele Streitigkeiten beilegen lassen, nur 30 Prozent äußern sich skeptisch. Der Trendvergleich zeigt, dass die Bewertung der Erfolgchancen einer außergerichtlichen Einigung leicht schwankt: Vor einem Jahr meinten 51 Prozent, dass sich mithilfe der außergerichtlichen Streitbeilegung viele rechtliche Auseinandersetzungen lösen ließen, ein Jahr zuvor mit 56 Prozent in etwa genauso viele wie derzeit (Schaubild 12).

Schaubild 12

Nach wie vor ist mehr als jeder Zweite von der Wirksamkeit außergerichtlicher Streitbeilegungen überzeugt

Frage: "Wenn man bei einer rechtlichen Auseinandersetzung nicht mehr weiterkommt, gibt es neben dem Gerichtsverfahren auch die Möglichkeit einer außergerichtlichen Streitbeilegung, z. B. die Mediation oder die Schlichtung. Einmal ganz allgemein gefragt: Glauben Sie, dass man mit einem solchen Verfahren viele rechtliche Auseinandersetzungen beilegen kann, oder sind Sie da skeptisch?" (Angaben in Prozent)





Teil B Spaltung der Gesellschaft – Was bedroht den Zusammenhalt?

I. Große gesellschaftliche Herausforderungen

Untersuchungen des Allensbacher Instituts haben in den letzten Monaten wiederholt zeigen können, dass die Bevölkerung mit großen Sorgen in die Zukunft blickt. Insbesondere die derzeitige wirtschaftliche Entwicklung des Landes verfolgt sie mit wachsender Sorge. Gleichzeitig verliert die Bevölkerung zunehmend das Vertrauen, dass Deutschland seine starke wirtschaftliche Position auch in Zukunft verteidigen kann. Hinzu kommen mit der Inflation, der Flüchtlingsproblematik, dem Krieg in der Ukraine und dem Nahost-Konflikt eine Reihe weiterer Krisen, bei denen eine Besserung aus Sicht der Bevölkerung auf absehbare Zeit nicht zu erwarten ist. Diese Zusammenballung von Krisen bestimmt auch die Vorstellungen der Bevölkerung, wovon die Zukunft des Landes abhängt. Aus Sicht der Bevölkerung wird eine positive Zukunft des Landes vor allem von der Entwicklung der Konjunktur, den Energiepreisen, der Zuwanderung nach Deutschland und der Sicherheitslage in der Welt beeinflusst. 85 Prozent der Bevölkerung sind überzeugt, dass eine gute Zukunft für Deutschland von der Entwicklung der wirtschaftlichen Lage abhängt, 75 Prozent halten es für die weitere Entwicklung für wichtig, dass die Energiepreise bezahlbar bleiben und 69 Prozent, dass die Zuwanderung nach Deutschland besser gesteuert wird. Für 71 Prozent hängt eine positive Entwicklung des Landes auch davon ab, dass Deutschland in keine militärischen Konflikte hineingezogen wird, für 60 Prozent von der weiteren Entwicklung des Krieges in der Ukraine, für 52 Prozent von der Lage im Nahen Osten und für 59 Prozent ganz allgemein von der Stabilität der Lage in der Welt.

Die Qualität des Bildungssystems ist für zwei Drittel ein wesentlicher Faktor für die Zukunft unseres Landes, die Stärke der Regierung für 58 Prozent. Daneben spielt aus Sicht eines großen Teils der Bürgerinnen und Bürger auch der gesellschaftliche Frieden eine große Rolle für die Frage, wie sich Deutschland zukünftig entwickelt: So meinen 57 Prozent, dass eine gute Zukunft Deutschlands auch davon abhängt, dass die Unterschiede zwischen Arm und Reich nicht größer werden, 54 Prozent halten es für die weitere Entwicklung für wichtig, dass extreme Kräfte, die die Demokratie bedrohen, nicht stärker werden und fast jeder Zweite auch davon, dass der Zusammenhalt in der Gesellschaft gestärkt wird (Schaubild 13 auf Folgeseite).

Schaubild 13

Wovon hängt die weitere Entwicklung Deutschlands ab?

Frage: "Was glauben Sie: Wovon hängt die weitere Entwicklung Deutschlands vor allem ab, also dass Deutschland eine gute Zukunft hat?" (Vorlage einer Liste, Angaben in Prozent)

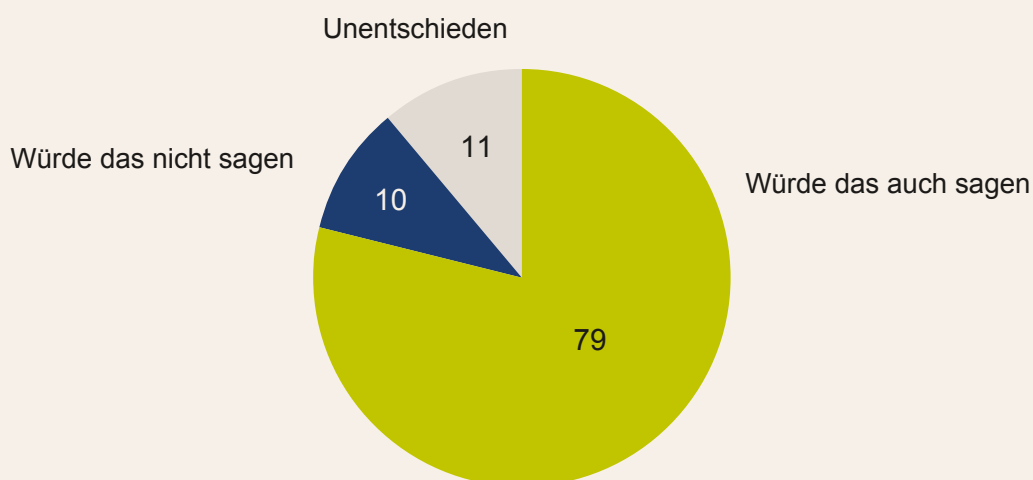


Trotz dieses breiten gesellschaftlichen Konsenses in der Frage, wovon die Zukunft des Landes vor allem abhängt, überwiegt in der Bevölkerung bei Weitem der Eindruck, dass die Gesellschaft bei vielen Fragen völlig gespalten ist. Dies hängt auch damit zusammen, dass viele politische Diskussionen der letzten Jahre teilweise sehr kontrovers ausgetragen wurden, besonders ausgeprägt in der Flüchtlingskrise, während der Corona-Pandemie und teilweise auch im Ukraine-Krieg. Diese kontroversen Diskussionen haben in der Bevölkerung den Eindruck verfestigt, dass die Gesellschaft bei vielen Themen gespalten ist: 79 Prozent sind überzeugt, dass sich bei vielen Themen verschiedene Gruppen unversöhnlich gegenüberstehen; lediglich 10 Prozent sehen das dezidiert anders (Schaubild 14).

Schaubild 14

Die überwältigende Mehrheit sieht die Gesellschaft als gespalten an

Frage: "Es gibt ja die Meinung, dass unsere Gesellschaft bei vielen Themen gespalten ist, also dass sich bei vielen Themen verschiedene Gruppen unversöhnlich gegenüberstehen. Würden Sie auch sagen, dass unsere Gesellschaft gespalten ist, oder würden Sie das nicht sagen?" (Angaben in Prozent)



Die Polarisierung der Gesellschaft wird dabei von der großen Mehrheit der Bevölkerung als Problem für den gesellschaftlichen Frieden angesehen. Drei Viertel derer, die eine zunehmende Polarisierung in unserer Gesellschaft beobachten, beunruhigt diese Entwicklung: 19 Prozent sind wegen der Spaltung der Gesellschaft sehr stark, 56 Prozent stark beunruhigt. Nur eine Minderheit macht sich darüber weniger oder gar keine Sorgen (Schaubild 15).

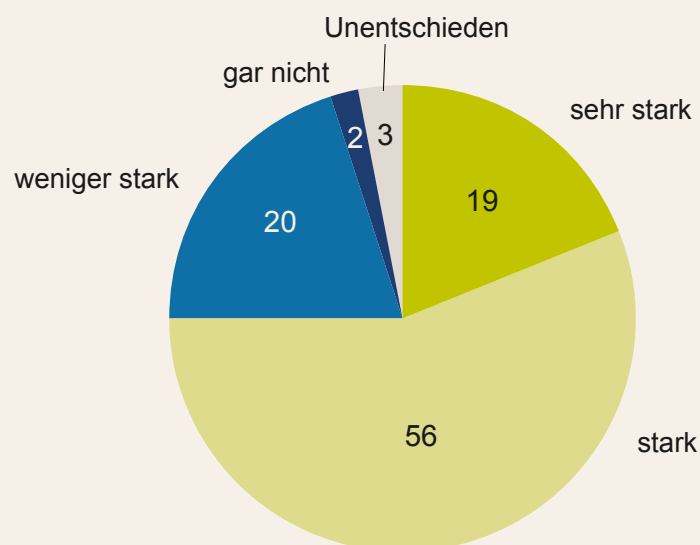
Schaubild 15

Weit verbreitete Sorgen wegen der Spaltung der Gesellschaft

Frage an Personen, die meinen, dass unsere Gesellschaft gespalten ist:

"Wieweit macht Ihnen diese Spaltung der Gesellschaft Sorgen? Würden Sie sagen, das beunruhigt Sie ..."
(Angaben in Prozent)

Die Spaltung der Gesellschaft beunruhigt –

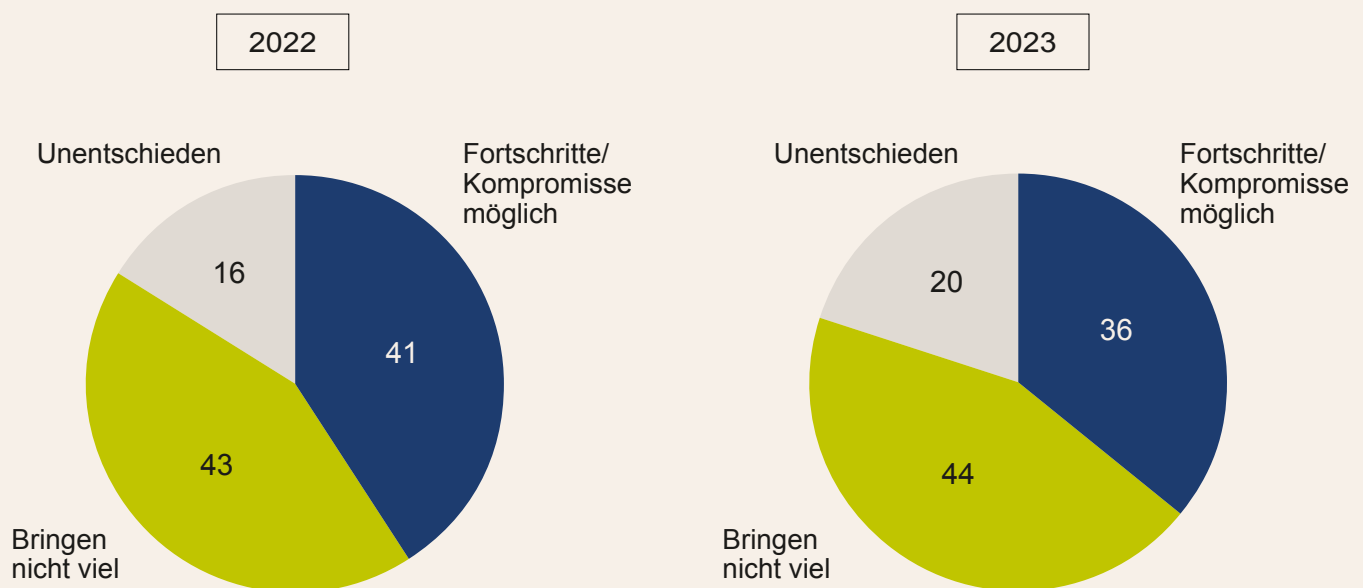


Die Bevölkerung zeigt sich nicht nur besorgt über die aus ihrer Sicht zunehmende Spaltung der Gesellschaft, sondern verliert auch zunehmend das Vertrauen, dass sich bei weltanschaulichen Differenzen durch Diskussionen Fortschritte erzielen lassen. Nur 36 Prozent der Bevölkerung sind der Überzeugung, dass bei polarisierenden Themen Kompromisse gefunden werden können. 44 Prozent vertreten dagegen die Auffassung, dass Diskussionen und ein Austausch in solchen Situationen meist nicht viel bringen. Vor einem Jahr waren immerhin noch 41 Prozent der Ansicht, dass Diskussionen über weltanschauliche Gräben hinweg sinnvoll sind und eine Annäherung ermöglichen (Schaubild 16).

Schaubild 16

Glaube an den Wert von Diskussionen

Frage: "In einer Gesellschaft gibt es ja immer wieder Themen, die polarisieren, bei denen also unterschiedliche Ansichten aufeinanderprallen. Glauben Sie, dass sich bei solchen Themen durch Diskussionen meist Fortschritte erzielen lassen und Kompromisse gefunden werden können, oder bringen Diskussionen und ein Austausch da meistens nicht viel?" (Angaben in Prozent)



Die Haltung zu dieser Frage ist dabei stark schichtgebunden sowie von der parteipolitischen Orientierung abhängig. Während in den oberen Sozialschichten 52 Prozent davon überzeugt sind, dass Diskussionen auch bei kontroversen Themen etwas bewirken und eine Annäherung ermöglichen, sind es in den unteren Sozialschichten nur 23 Prozent. Bei ihnen überwiegt hingegen mit 58 Prozent die Überzeugung, dass Diskussionen bei kontroversen Themen meist nicht viel Erfolg versprechen. Von den Anhängern der AfD vertreten sogar 66 Prozent diese Haltung, von ihnen glauben nur 13 Prozent an den Wert von Diskussionen und an die Möglichkeit, durch einen Austausch eine Annäherung zu erzielen (Schaubild 17).

Schaubild 17

Bringen Diskussionen etwas?

Frage: "In einer Gesellschaft gibt es ja immer wieder Themen, die polarisieren, bei denen also unterschiedliche Ansichten aufeinanderprallen. Glauben Sie, dass sich bei solchen Themen durch Diskussionen meist Fortschritte erzielen lassen und Kompromisse gefunden werden können, oder bringen Diskussionen und ein Austausch da meistens nicht viel?" (Angaben in Prozent)

	Bevölkerung insgesamt	West- deutschland	Ost- deutschland	Gesellschaftlich-wirtschaft- licher Status –			AfD- Anhänger
				niedrig	mittel	hoch	
Fortschritte/Kompromisse möglich	36	37	29	23	34	52	13
Bringen nicht viel	44	44	42	58	44	30	66
Unentschieden	<u>20</u> 100	<u>19</u> 100	<u>29</u> 100	<u>19</u> 100	<u>22</u> 100	<u>18</u> 100	<u>21</u> 100

II. Gefahren für den Zusammenhalt der Gesellschaft

Die weit verbreitete Überzeugung, dass Diskussionen in aller Regel zu keinem Kompromiss führen, verstärkt den Eindruck von der Spaltung unserer Gesellschaft. Dabei gefährden aus Sicht der Bevölkerung eine Vielzahl an Faktoren den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Allen voran der Zuzug von Flüchtlingen, die sozialen Unterschiede, extreme Parteien sowie das Internet als Quelle von Hass, Hetze und Falschinformationen. 69 Prozent sehen Hass und Hetze im Internet als eine ernste Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, 64 Prozent Falschinformationen im Internet. Ebenfalls 69 Prozent halten den Zusammenhalt infolge der Zuwanderung für gefährdet, 67 Prozent aufgrund der sozialen Unterschiede, 62 Prozent machen dafür extreme Parteien verantwortlich. Auch religiöser Extremismus gefährdet aus Sicht von 60 Prozent der Bundesbürger den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ebenso viele sehen im zunehmenden Egoismus eine Ursache, 56 Prozent auch in der zunehmenden Anonymität, dem abnehmenden Interesse am Leben anderer. Für jeden Zweiten stellen zudem Verschwörungstheorien eine Gefahr dar, für viele auch zunehmende weltanschauliche Unterschiede, Antisemitismus, der Bedeutungsverlust von Familie und Traditionen sowie der demografische Wandel.

Weit weniger bedrohlich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sind aus Sicht der Bevölkerung unterschiedliche Ansichten in West- und Ostdeutschland: Nur 28 Prozent sehen darin eine ernsthafte Gefahr für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Noch weniger gefährden nach Überzeugung der Bürger die sinkende Bedeutung der Kirchen und die mangelnde Gleichberechtigung von Männern und Frauen den Zusammenhalt in der Gesellschaft: Davon sind nur 24 bzw. 21 Prozent überzeugt (Schaubild 18 auf Folgeseite).

Gefahren für den Zusammenhalt der Gesellschaft

Frage: "Was meinen Sie: Was von dieser Liste stellt eine ernsthafte Gefahr für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft dar? Was bedroht den Zusammenhalt?" (Vorlage einer Liste, Angaben in Prozent)

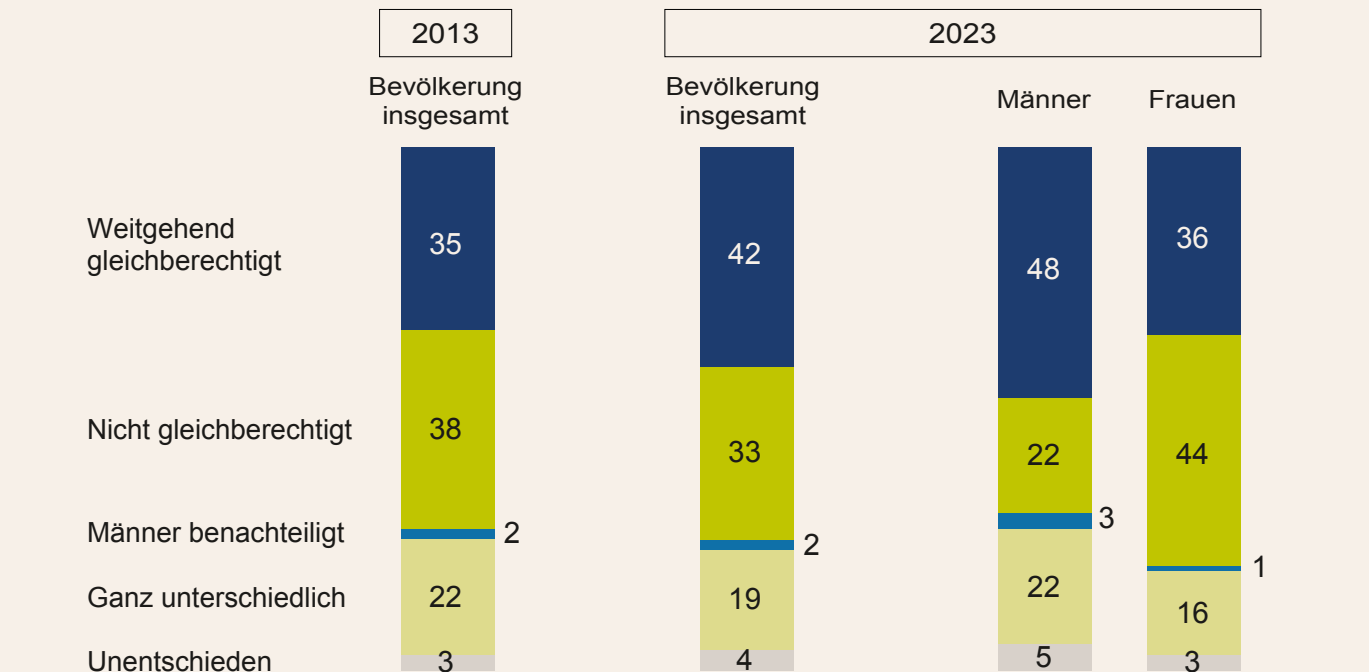


Dass die Bevölkerung in der mangelnden Gleichberechtigung nur wenig Gefährdungspotential für den Zusammenhalt der Gesellschaft sieht, ist kein Beleg dafür, dass die große Mehrheit die Gleichberechtigung bereits für verwirklicht hält. Zwar sind mittlerweile immerhin 42 Prozent davon überzeugt, dass Männer und Frauen weitgehend gleichberechtigt sind, aber nach wie vor widerspricht jeder Dritte. Allerdings ist dieser Eindruck innerhalb der letzten 10 Jahre von 38 auf 33 Prozent zurückgegangen, während im selben Zeitraum der Anteil derer, die die Gleichberechtigung für verwirklicht ansehen, von 35 auf 42 Prozent angestiegen ist. Männer sehen dabei die Gleichberechtigung in deutlich höheren Anteilen für verwirklicht an als Frauen: 48 Prozent der Männer, aber nur 36 Prozent der Frauen meinen, dass die Gleichberechtigung weitgehend eingelöst ist, während 44 Prozent der Frauen, aber nur 22 Prozent der Männer widersprechen (Schaubild 19).

Schaubild 19

Männer und Frauen: weitgehend gleichberechtigt?

Frage: "Wie sehen Sie das: Sind Männer und Frauen in Deutschland weitgehend gleichberechtigt, oder sind Frauen gegenüber Männern noch nicht gleichberechtigt, muss noch mehr für die Gleichberechtigung von Frauen getan werden, oder geht die Gleichberechtigung inzwischen sogar zu weit, werden Männer manchmal gegenüber Frauen benachteiligt?" (Angaben in Prozent)



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11008 und 12079

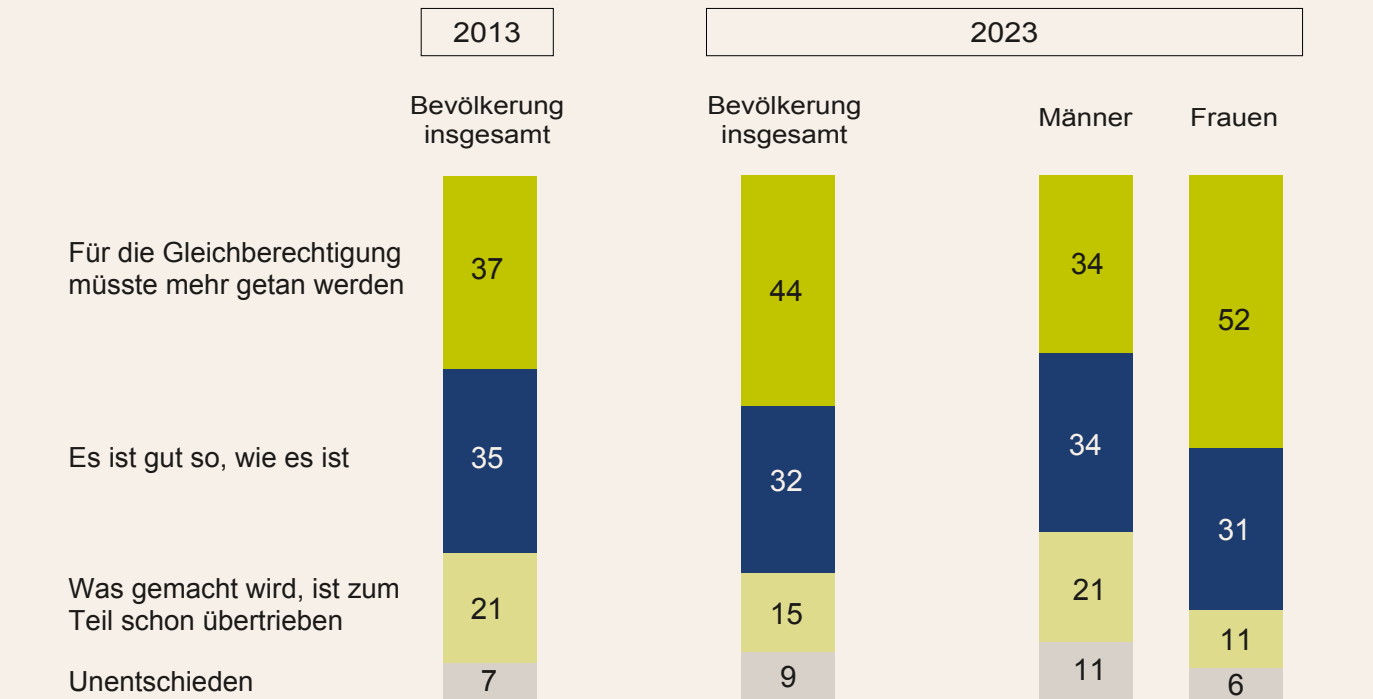
Entsprechend sehen Männer in Fragen der Gleichberechtigung auch deutlich seltener Handlungsbedarf als Frauen: Nur 34 Prozent der Männer haben den Eindruck, dass mehr für die Gleichberechtigung von Frauen getan werden müsste, von den Frauen meinen dies hingegen 52 Prozent. 34 Prozent der Männer halten den erreichten Zustand für ausreichend, 21 Prozent von ihnen vertreten sogar die Auffassung, dass vieles, was im Zeichen der Gleichberechtigung gemacht wird, zum Teil schon übertrieben ist. Diesen Standpunkt vertreten mit 11 Prozent Frauen erwartungsgemäß deutlich seltener.

Im Trendvergleich wird sichtbar, dass die Überzeugung, dass für die Gleichberechtigung von Frauen mehr unternommen werden müsste, erheblich zugenommen hat: Meinten dies 2013 noch 37 Prozent der Gesamtbevölkerung, sind es aktuell 44 Prozent. Da im gleichen Zeitraum wie beschrieben auch der Eindruck, dass Männer und Frauen bereits weitgehend gleichberechtigt sind, zugenommen hat, kann dies als Indiz dafür gewertet werden, dass das Thema Gleichberechtigung heute eine höhere Relevanz in der Bevölkerung hat als noch vor 10 Jahren (Schaubild 20).

Schaubild 20

Muss mehr für die Gleichberechtigung getan werden?

Frage: "Wenn es um die Gleichberechtigung von Männern und Frauen in Deutschland geht, wie sehen Sie das: Müsste Ihrer Meinung nach mehr für die Gleichberechtigung der Frau getan werden, oder ist es gut so, wie es jetzt ist, oder ist das, was da gemacht wird, zum Teil schon übertrieben?" (Angaben in Prozent)



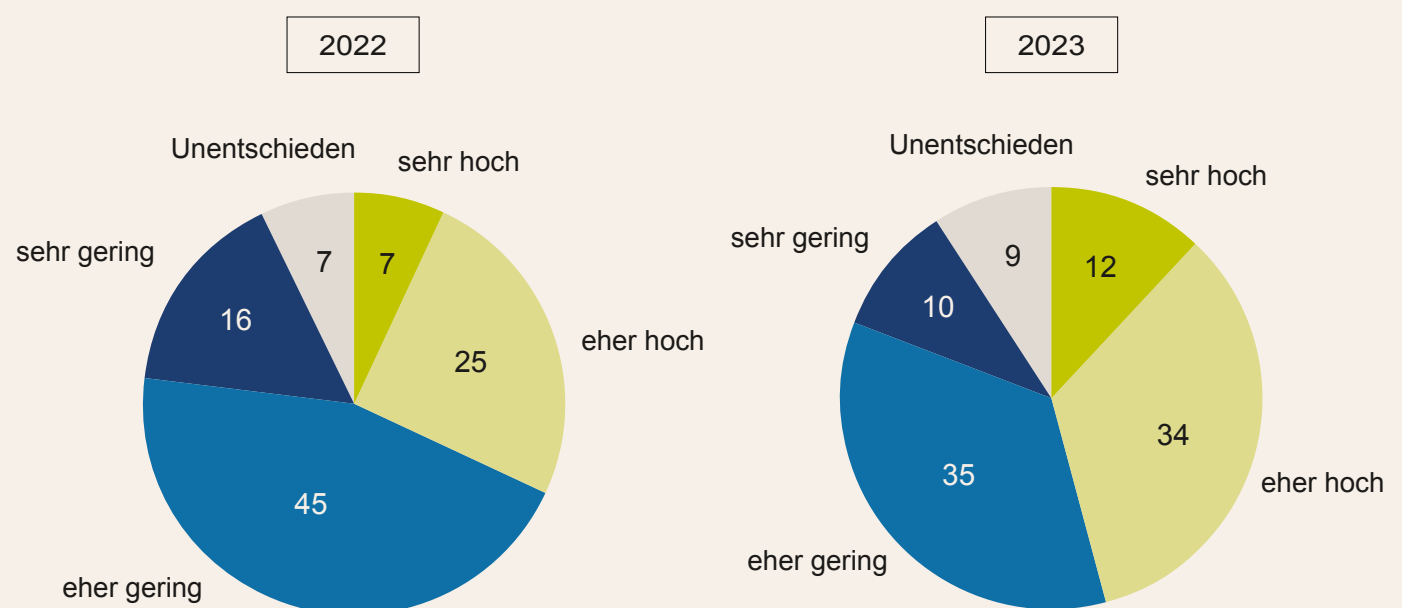
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11008 und 12079

So wichtig das Thema Gleichberechtigung aus Sicht der Bevölkerung ist, so wenig Potential misst sie dem Thema bei, wenn es um die Spaltung der Gesellschaft geht. Gefahren für den Zusammenhalt der Gesellschaft sieht die Bevölkerung, wie die aktuellen Untersuchungsergebnisse deutlich gemacht haben, auf ganz anderer Ebene. Für eine ernsthafte Gefahr für die Demokratie in Deutschland stuft die Bevölkerung zunehmend Gruppen ein, die die Demokratie ablehnen oder sogar abschaffen möchten. 2022 meinten noch 32 Prozent, dass die Gefahr, die von solchen Gruppen ausgeht, hoch sei, aktuell sind es 46 Prozent. 45 Prozent stufen das Gefährdungspotential durch demokratiefeindliche Gruppen hingegen nach wie vor als gering ein (Schaubild 21).

Schaubild 21

Die Bevölkerung fürchtet zunehmend eine Gefährdung der Demokratie

Frage: "Für wie groß halten Sie das Risiko, dass die Demokratie in Deutschland durch Gruppen, die sie ablehnen oder sogar abschaffen möchten, ernsthaft in Gefahr gerät? Halten Sie das Risiko für ..."
(Angaben in Prozent)



Verzeichnis der Schaubilder

Seite

Teil A

Schaubild 1	Großes Vertrauen in das Rechtssystem im Vergleich zu anderen Institutionen	11
Schaubild 2	Vertrauen in das Rechtssystem und die Polizei nach wie vor auf hohem Niveau – aber leicht rückläufig	12
Schaubild 3	Das Vertrauen in die Bundesregierung erodiert	13
Schaubild 4	Große Wirtschaftsunternehmen gewinnen, Gewerkschaften verlieren an Vertrauen	14
Schaubild 5	Das Vertrauen in Zeitungen und Kirche verharrt auf niedrigem Niveau	15
Schaubild 6	Deutlich geringeres Vertrauen in das Rechtssystem, die Medien und die Bundesregierung in Deutschland	16
Schaubild 7	Viel Kritik am deutschen Rechtssystem – insbesondere an der Verfahrensdauer	18
Schaubild 8	Die Kritik an der Verfahrensdauer und dem Strafmaß nehmen tendenziell wieder zu	19
Schaubild 9	Nach wie vor nur eingeschränkte Wertschätzung für die Arbeit der deutschen Gerichte	20
Schaubild 10	Beteiligte an Gerichtsprozessen	21
Schaubild 11	Weniger Bürger vor Gericht	22
Schaubild 12	Nach wie vor ist mehr als jeder Zweite von der Wirksamkeit außergerichtlicher Streitbeilegungen überzeugt	23

Teil B

Schaubild 13	Wovon hängt die weitere Entwicklung Deutschlands ab?	26
Schaubild 14	Die überwältigende Mehrheit sieht die Gesellschaft als gespalten an	27
Schaubild 15	Weit verbreitete Sorgen wegen der Spaltung der Gesellschaft	28
Schaubild 16	Glaube an den Wert von Diskussionen	29
Schaubild 17	Bringen Diskussionen etwas?	30
Schaubild 18	Gefahren für den Zusammenhalt der Gesellschaft	31
Schaubild 19	Männer und Frauen: weitgehend gleichberechtigt?	33
Schaubild 20	Muss mehr für die Gleichberechtigung getan werden?	34
Schaubild 21	Die Bevölkerung fürchtet zunehmend eine Gefährdung der Demokratie	35



ROLAND
RECHTSSCHUTZ

ROLAND Rechtsschutz-Versicherungs-AG
50679 Köln · Telefon 0221 8277-1490
presse@roland-gruppe.de
www.roland-gruppe.de

Besser miteinander.